:antifaschistische nachrichten

Nr. 5

g 3336 27.2.2003 19. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

REP und Schill-Partei erfolglos

FRANKFURT/HANNOVER. Bei den hessischen und niedersächsischen Landtagswahlen haben rechte Parteien keine Erfolge erzielen können.

In Hessen halbierten die REP ihr Ergebnis auf 1,3 % (34553 Wählerstimmen) gegenüber 1998 mit 2,7 % und 75114 Stimmen. In Niedersachsen kam es sogar noch schlimmer, hier erreichten sie nur noch 0,4 % (17048 Stimmen) gegenüber 2,8 % (118.975 Stimmen) im Jahr 1998. Auch die Schillpartei trat in beiden Ländern an, allerdings nur mit wenigen Direktkandidaten. In Hessen wählten die „Partei Rechtsstaatliche Offensive“ 0,5 % , in Niedersachsen 1 %.

Die REP holten in Hessen ihre besten Ergebnisse im Lahn-Dill-Kreis (2,2 % Erststimmen, 1,9 % Zweitstimmen), im Wahlkreis Wiesbaden 2 (2,3 Erst-, 1,7 % Zweitstimmen), Frankfurt 1 (2 % Zweitstimmen), Main-Kinzig2 (2,1 %), Main-Kinzig 3 (2,3 %) und Offenbach-Stadt mit 2 %. Die Schill-Partei holte dort ihre „besten“ Ergebnisse, wo sie auch Direktkandidaten aufgestellt hatte, z. B. in Fulda (1,5 % Erst-, 0,8 % Zweitstimmen) und in Main-Kinzig 2 (1,6 Erst-, 1,0 Zweitstimmen), was aber ja nicht wirklich viel ist. Die REP Niedersachsen verloren selbst in einstigen Hochburgen massiv. 1998 erzielten sie z.B. in Wilhelmshaven noch 8,3 %, jetzt stimmten nur 0,7 %, das sind 228 Menschen, für sie. Ähnlich die Entwicklung in Celle: 1998 erreichten sie hier 7 % = 3441 Stimmen, 2003 waren es 1,4 % = 608 Stimmen.

Während die hessischen „Republikaner“ auf ihrer Website zur Niederlage noch schweigen, geben die Niedersachsen-REP bereits die Vorverlegung des für November geplanten Landesparteitags auf den 26. April bekannt. Landesvorsitzender und Spitzenkandidat bei der Landtagswahl Peter Lauer wird für den Vorsitz nicht mehr zur Verfügung stehen. *u.b.* ■

Aus dem Inhalt:

NO WAR!

500.000 in Berlin, Millionen Menschen weltweit auf der Straße ...



„Der Krieg gegen Irak kann verhindert werden!“ So heißt es in der Abschlusserklärung des Trägerkreises der Großdemonstration am 15.2.2003 in Berlin, an der mehr als 500000 Menschen teilgenommen haben. Die Erklärung wurde gegen Ende der Kundgebung in gekürzter Fassung vorgetragen. Wir dokumentieren die Erklärung sowie die Rede der Palästinenserin Sumaya Farhat-Naser und die Rolf Beckers, Schauspieler und aktiver Gewerkschafter aus Hamburg, einer der wenigen Redner, der sich auch kritisch mit der Bundesregierung auseinandersetzte und an ihre Rolle im Jugoslawienkrieg erinnerte. Weitere Reden unter: www.friedensratschlag.de ■

Millionen von Menschen sind heute in Europa und weltweit auf die Straße gegangen, um gegen den drohenden Irakkrieg zu protestieren. Von London bis Ljubliana, von Paris bis Prag, von Warschau bis Wien, Von Sydney bis San Francisco, von Brüssel bis Berlin haben die Menschen deutlich gemacht, dass sie keinen Krieg wollen – weder im Irak noch anderswo.

Krieg ist immer ein Verbrechen an der Menschheit und eine Niederlage der Menschlichkeit. Der Krieg gegen Irak wird Tausenden von Menschen das Leben kosten, Abertausende von Existenzen zerstören und die Lebens- und Umweltbedingungen der ohnehin unter dem Embargo notleidenden Bevölkerung nachhaltig verwüsten. Der ganzen Region droht ein Chaos gewalttätiger Auseinandersetzungen.

Dieser Krieg stellt einen schweren Verstoß gegen das Völkerrecht dar und ist unter keinen Umständen zu rechtfertigen. Die Begründungen der USA für diesen Krieg sind vorgeschoben. Es geht nicht um die Massenvernichtungswaffen des Irak, nicht um Demokratie oder Menschenrechte, auch nicht um den sog. Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Vielmehr soll mit dem Feldzug gegen Irak der anglo-amerikanische Anspruch auf die Kontrolle der Ölreserven der Golf-Region durchgesetzt werden. Gleichzeitig wird mit dem Krieg eine neue Ära eingeläutet, in der die USA sich das Recht herausnehmen wollen, vorgreifende „präventive“ Kriege gegen jeden beliebigen Staat zu führen, wenn es ihren globalen Machtinteressen dient.

Dazu sagen wir „Nein“ und wissen uns darin einig mit der US-amerikanischen Friedensbewegung, die mit ihrem Protest gegen den Kriegskurs der Bush-Administration ein hoffnungsvolles Zeichen setzt.

Wir begrüßen die jüngste Initiative der deutschen, französischen, russischen und chinesischen Regierung, die Zahl der UN-Waffeninspektoren aufzustocken und ihnen mehr Zeit zu geben. Wir sagen auch entschieden Nein zu einer deutschen Beteiligung am Krieg. Wir unterstützen den Antikriegskurs der Bundesregierung. Dieser Haltung müssen jetzt aber konkrete Taten folgen:

Fortsetzung. S. 8

Barrikadenbau in Foren

BERLIN. Der Berliner Publizist Arnulf Baring, unlängst Diskussionsteilnehmer auf einer Veranstaltung des um die „Junge Freiheit“ angesiedelten „Instituts für Staatspolitik“, will sich nun verstärkt in die programmatische Debatte der FDP einschalten. Nach Auskunft der FDP-Generalsekretärin Cornelia Pieper wolle Baring in den „Liberalen Foren“ mitarbeiten, in denen Themen wie Globalisierung und Bildung erörtert werden sollen. Baring, der erst neulich das Bürgertum aufgefordert hatte auf die Barrikaden zu gehen, weil die Regierung zu dringenden „Reformen“ nicht in der Lage sei, hatte in der Vergangenheit auch schon beim rechten „Bund Freier Bürger“ um den damaligen FDP-Landtagsabgeordneten Heiner Kappel referiert. *hma* ■

In guten Händen

DRESDEN. Das immer wieder in die öffentliche Kritik geratene Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden erhält einen neuen Direktor. Institutsdirektion und Lehrstuhl gehen nun an den Heidelberger Kirchenhistoriker Gerhard Besier. An der politischen Zielrichtung der Arbeit des Institutes, die Bestrebungen für einen gesellschaftlichen und politischen Fortschritt zu diskreditieren, wird sich damit nichts ändern. Besier ist Autor des dreibändigen Werkes „Der SED-Staat und die Kirche“ (Ullstein) und gemeinsam mit Prof. Erwin K. Scheuch Herausgeber des Buches „Die neuen Inquisitoren - Religionsfreiheit und Glaubensneid“. 1994 unterzeichnete Besier den in der „Jungen Freiheit“ veröffentlichten „Berliner Appell“, im Jahr darauf stand er dem Blatt für ein Interview zur Verfügung. Artikel Besiers, Herausgeber von „Kirchliche Zeitgeschichte“ und „Religion – Staat – Gesellschaft“ finden sich auch in der rechtskonservativen Zeitschrift „Criticon“. *hma* ■

Fundamentalistentreffen

FULDA. Das „papst- und kirchentreue“ „Forum Deutscher Katholiken“ führt vom 20. bis 22. Juni in der Fuldaer Richthalle am Bahnhof einen Kongress unter dem Motto „Freude am Glauben“ durch. Die bundesdeutschen Anhänger des erzkonservativsten Flügels des Vatikans haben sich im September 2000 „zu einem lockeren Verband“ zusammengeschlossen, „denn ein neuer Aufbruch“ brauche „auch eine organisatorische Stütze“.

Unter den eingeladenen Diskutanten und Referenten finden sich Angehörige von „Opus Dei“, „Das Werk“, „Neokatechumenat“, „Schönstatt“-Bewegung, „Ritter vom Hl. Grab zu Jerusalem“, „Initiativkreis katholischer Laien und Priester“, „Jugend 2000“, „Bund katholischer Unternehmer“, „Junge Union“ u.a.m..

Unterstützung erhält das „Forum Deutscher Katholiken“ von hohen geistlichen Würdenträgern, wie Joseph Kardinal Ratzinger, Leo Kardinal Scheffczyk und Bischof Heinz Josef Algermissen, die neben dem Paneuropäer Otto von Habsburg, dem langjährigen SPD-Politiker Friedhelm Farthmann, den CSU-Politikern Peter Gauweiler und Norbert Geis, den „Criticon“-Autoren Hans Graf Huyn und Konrad Löw und den „Lebensschützern“ Johanna Gräfin von Westphalen und Karin Struck allesamt dem Kuratorium des „Forums Deutscher Katholiken“ angehören. Zu den diesjährigen Referenten gehört auch der CSU-Europaparlamentarier Bernd Posselt, Präsident der „Paneuropa-Union“, Bundesvorsitzender der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ und zugleich im Kuratorium des „Forums“. Eigens zur Abendmesse reist der Präsident des Päpstlichen Rates „Cor unum“, Erzbischof Dr. Paul Josef Cordes aus Rom an. *hma* ■

Kappel gegen Moschee-Bauten

BAD SODEN/KÖLN. Der Bundesvorsitzende der „Deutschen Partei“, der ehemalige FDP-Landtagsabgeordnete Heiner Kappel, soll am 15. März auf den Kundgebungen der neofaschistischen „Bürgerbewegung pro Köln“ gegen den geplanten Bau von Moscheen sprechen. Der evangelische Pfarrer werde in seiner Rede in Chorweiler und Mülheim „den Multi-Kulti-Plänen der Stadtspitze eine Absage erteilen“ und „Stellung gegen die Umwandlung der Bundesrepublik Deutschland in ein Einwanderungsland“ beziehen, heißt es bei „Pro Köln“, das sich seit einiger Zeit um einen Schulterschluss mit der neofaschistischen NPD zu bemühen scheint. Kappels neue Partei, früher war er Bundesvorsitzender des „Bund Freier Bürger“, hat unterdessen ihre Kandidaten für die Bremer Bürgerschaftswahl am 25. Mai nominiert. Auf der Kandidatenliste der „Deutschen Partei“, die von dem Lehrer Reinhold Thiel, Vorsitzender der „Pommerschen Landsmannschaft“, angeführt wird, finden sich auch ehemalige Mitglieder der sog. „Republikaner“. Parteichef Kappel hatte in der Vergangenheit mehrfach auf Veranstaltungen der sog. „Republikaner“ gesprochen und sich auch mit deren einstigem Gründer, dem früheren Waffen-SS-Mann Franz Schönhuber, getroffen. *hma* ■

Sängerin der Grand-Prix-Band soll rechtsextreme Kontakte haben

BELGIEN. Gegen die Sängerin der Rockband „Urban Tradd“ ermittelt der belgische Staatssicherheitsdienst. Das geht aus einem Schreiben der Behörde an Justizminister Verwilghen hervor. Demnach wird die 25-jährige Musikerin der rechtsextremen Szene zugeordnet. Die Frau wurde zweimal bei Veranstaltungen von rechtsgerichteten flämischen Gruppen verhaftet. Zudem soll sie an Gedenkfeiern für den deutschen Nationalsozialisten Rudolph Hess teilgenommen haben. „Urban Tradd“ vertritt Belgien beim Europäischen Chanson-Wettbewerb. In diesem Jahr wurde der Teilnehmer vom französischsprachigen Rundfunk RTBF ermittelt. Medienminister Miller will prüfen, ob ein Auftritt beim Eurovisions-Grand-Prix haltbar ist.

aus den Internetnachrichten vom BRF (www.brf.be) ■

Werden NS-Opfer wieder ausgeladen?

KÖLN. Die Stadt Köln hat ein „Haushaltsloch“ und muss sparen. Die Streichliste, die die CDU geführte Verwaltung präsentierte hat es in sich: unter anderem soll auch das Besuchsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter komplett gestrichen werden. Die Projektgruppe „Messelager“ im Verein EL-DE-Haus hat 1989 dieses Besuchsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge initiiert und begleitet es seit 1990 in enger Kooperation mit dem NS-Dokumentationszentrum. Im September 2000 bewilligte der Rat der Stadt 200.000 DM pro Jahr zur Fortführung des Besuchsprogramms bis 2005. Jetzt soll dieser Beschluss den Streichungen zum Opfer fallen. Für das nächste Besuchsprogramm vom 11. – 19. Mai 2003 haben bereits 15 Männer und Frauen aus der Ukraine ihr Kommen zugesagt. Diese Menschen, die im Durchschnitt 80 Jahre alt sind, wieder auszuladen, wäre nicht nur peinlich, sondern würde de facto die Absage ihres Besuchs in Köln bedeuten – eines Besuchs, der mit großen seelischen und körperlichen Anstrengungen verbunden ist. Die Projektgruppe Messelager appelliert nun an die Ratsfraktionen, sich dafür einzusetzen, dass die Gelder für das Besuchsprogramm im Mai unverzüglich freigegeben werden und die weitere Durchführung des Besuchsprogramms gemäß des Ratsbeschlusses von September 2000 in vollem Umfang gewährleistet wird.

Das Ganze ist mehr als peinlich: Welchen Eindruck macht eine solche Maßnahme in einem Land, wo der Durchschnittslohn bei 65 Euro liegt? Die Ex-

Zwangsarbeiter müssen meist mit einer kargen Rente auskommen. Die bisherigen Besuche haben gezeigt, wie wichtig diese Einladung für die alten Menschen ist. Und auch für die Historiker waren die Informationen, die sie auf diese Weise über die Geschichte Kölns im Dritten Reich erhielten, von unschätzbarem Wert. Erste Proteste gegen die Streichung des Besuchsprogramms laufen, aber der politische Druck muss sicher noch verschärft werden, um diese Maßnahme zu verhindern. *u.b.* ■

Erinnerung an Guernica

DRESDEN: Rund 1000 Neonazis marschierten am Donnerstagabend in der sächsischen Landeshauptstadt, um an die Bombennacht des 13. Februar 1945 zu erinnern. Die Ursachen des Zweiten Weltkriegs spielten bei ihnen wie üblich keine Rolle. Auf der Abschlusskundgebung sprachen sowohl der Bundesvorsitzende der NPD, Udo Voigt, als auch der berüchtigte Hamburger Neonazi Christian Worch. Prominente Rechte wie Steffen Hupka, Horst Mahler und Franz Schönhuber nahmen ebenfalls an der Demonstration teil. Voigt erklärte in seiner Rede unter anderem: „Wir Deutsche jedenfalls haben den Luftkrieg gegen Zivilisten nicht begonnen und weder Atombomben gebaut noch sie auf bewohnte Städte geworfen".

Die Antifa war nur mit 250 Gegendemonstranten unterwegs, die Polizei hatte rund 950 Beamte im Einsatz. Zehn Gegendemonstranten versuchten zur Abschlusskundgebung der Rechten zu gelangen, wurden von der Polizei jedoch sofort abgedrängt, obwohl sie lediglich mit Konfetti warfen.

Am Tage fanden mehrere offizielle Gedenkveranstaltungen statt, auf denen auch Überlebende der Bombardierung der spanischen Stadt Guernica durch die deutsche Legion Condor zu Wort kamen. Gemeinsam mit Überlebenden der Angriffe auf Dresden wandten sie sich in einem gemeinsamen Aufruf gegen einen Irak-Krieg. Auf dem Altmarkt kamen am Abend mehr als 1000 Menschen zu einer Kundgebung zusammen. Politiker von Stadt und Land, aber auch US-Botschafter Daniel Coats und Vertreter aus Großbritannien und Frankreich hatten am Morgen vor dem Mahnmal für die getöteten Dresdner Kränze niedergelegt.

Am späten Abend kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Neonazis und Linken. Mehr als 100 Rechtsextreme hatten eine weitgehend leere Straßenbahn besetzt, die dann von etwa 70 Linken angegriffen wurde. Nach Polizeiangaben gingen dabei nahezu alle Scheiben der Bahn zu Bruch. Anschließend wurden 18 Personen in Gewahrsam genommen.

Junge Welt-Bericht vom 15.2.2003 ■

Protestzug gegen braunes Jugendzentrum in Lobeda-Altstadt

JENA. 70 Jahre nach der Machtergreifung der Nazis von 1933 demonstrierten am 1. Februar 2003 rund 400 Menschen in Lobeda-Altstadt gegen das in der Jenaischen Straße 25 entstehende rechte Jugendzentrum. Neben linken Antifa-Gruppen und Jugendlichen der Jungen Gemeinde Stadtmitte gehörten auch Bürger aus der politischen Mitte zu den Demonstranten. Prominenteste Vertreter waren Bürgermeister Christoph Schwind (CDU), Uni-Rektor Prof. Dr. Karl-Ulrich Meyn, Sozialdezernent Dr. Albrecht Schröder, der ehrenamtliche Beigeordnete Dr. Dietmar Haroske (CDU), SPD-Fraktionsvorsitzender Thomas Ullmann, PDS-Landtagsabgeordnete Dr. Karin Kaschuba und der 1. Bevollmächtigte der IG Metall, Klaus Tänzer.

Michael Ebenau vom Jenaer Aktionsbündnis gegen Rechts sagte, dass es niemand auf die leichte Schulter nehmen dürfe, wenn es die selbsternannten Nachfolger von NSDAP und Waffen-SS immer noch gebe. Mit dem Kauf bzw. der Anpachtung von zwei Häusern in Jena habe die rechte Szene eine neue Qualität erreicht. Bürgermeister Christoph Schwind erklärte, dass diese Entwicklung keinen Demokraten kalt lassen dürfe. Man werde immer wieder daran erinnern, dass die Machtergreifung der Nazis in der Endkonsequenz 70 Millionen Menschen das Leben gekostet habe.

Nach der Kundgebung zogen die Demonstranten vom Marktplatz durch die Jenaische Straße, vorbei an dem von NPD-Aktivisten angemieteten Gebäude. Abgesichert von einem massiven Polizeiaufgebot, kam es dabei zu keinen größeren Zwischenfällen. Einige der linken Jugendlichen warfen mit Schneebällen nach den rechten Jugendlichen, die den Protestzug aus den Fenstern des Hauses Nr. 25 beobachteten.

www.ag-netzwerke.de ■



Nazi-Aufmarsch in Hamburg am 22. Februar

HAMBURG. Am 22.2. wollten Neonazis aus dem Spektrum sog. „Freier Kameradschaften" in Hamburg unter dem Motto „Amis raus – Freiheit rein" marschieren (12 Uhr, Ostpreußenplatz am U-Bahnhof Wandsbek-Gartenstadt). Die Absicht ist durchsichtig: Sie wollen die breite Antikriegsstimmung ausnutzen und auf die Mühlen ihres deutschen Antiamerikanismus und Antisemitismus leiten. Das sollte ihnen nicht gelingen. Im Vorfeld war der Naziaufmarsch kaum Thema in der Stadt. Kein DGB forderte ein Verbot, kein SPD-Innensenator versuchte sich als Antifaschist zu profilieren und der rechtspopulistische Innensenator nutzte nicht die Chance, sich von militanten Neonazis abzugrenzen. 500 bis 600 Leute nahmen an der Demo gegen den Naziaufmarsch in Barmbek/Wandsbek teil. Nachdem ein Teil der Leute eine Polizeikette durchbrochen bzw. überrannt hatte, setzte nur noch ein kleiner Teil die Demo bis zum Ende fort. Der Rest versuchte in kleineren oder größeren Gruppen an die Nazis ranzukommen. Laut Durchsage bei der Abschlusskundgebung schafften es sogar 70 bis 80 Leute auf den Auftaktplatz der Nazis.

Als die Route größtenteils weiträumig gesichert war, durften die Nazis mit Parolen wie „USA - internationale Völkermordzentrale" losmarschieren. Wie viele sie waren, war vor lauter Polizei nicht zu erkennen.

Quelle: www.de.indymedia.org ■

Nach Protesten keine Wehrmachtsausstellung auf Rügen

RÜGEN. Die Wehrmachtsausstellung wird nicht in Prora gezeigt werden. Das veranstaltende Hamburger Institut für Sozialforschung hat der Stiftung „Neue Kultur" mitgeteilt, keine Vertragsverhandlungen mit ihr aufzunehmen. Damit wird die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht – Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 - 1944" definitiv nicht im ehemaligen Kraft-durch-Freude-Bad Prora gezeigt werden, wie die Initiative „Pro Ausstellung" mitteilte.

Das kommt einigen Einwohnern der Insel sehr gelegen. Im Dezember sprach die Binzer Gemeindevertretung ihr Unbehagen im Zusammenhang mit der Ausstellung aus. Auch Gewerbetreibende der Region fürchteten angesichts heraufbeschworener rechter Krawalle um das Image der Region. Erfahrungen aus anderen Städten, in denen sich die gesamte lokale Öffentlichkeit gegen rechtsradikale Demonstrationen und für die Wehrmachtsausstellung ausgesprochen hat, blieben unberücksichtigt. Und legen nahe, dass andere Interessen dem Einsatz gegen die Ausstellung zugrunde lagen.

Die Mitglieder des Vereins „Prora03“ sind mit die entschiedensten Gegner der Ausstellung. Der Verein will in dem KdF-Bad „Prora03“ stattfinden lassen, eine Veranstaltung, zu der mehr als 15 000 Jugendliche erwartet werden. In ihrem Rahmen soll eine andere Auseinandersetzung mit dem Ort der NS-Geschichte mit Lagerfeuern, Graffiti und sogar einer „Prora-Hymne“ stattfinden. Eine unverfängliche und zugleich fatale Auseinandersetzung: Das KdF-Bad wird somit nicht als ein Teil des nationalsozialistischen Gesellschaftsbildes dargestellt, in dem jegliches soziale Leben unter Kontrolle des Staates stand, sondern ein „Monument“ der deutschen Geschichte, das heute wieder unreflektiert genutzt werden kann. Die Wehrmachtsausstellung, so der Gedankengang, stört in dieser Aufarbeitung.

Fast schon zynisch klingt die Tatsache, dass es gerade die vom Landkreis angeregte Idee der Verknüpfung der Wehrmachtsausstellung mit „Prora03“ war, die die Stiftung „Neue Kultur“ die Planung für die Ausstellung von 2002 auf dieses Jahr verschieben ließ, wie es der Journalist Klaus Ch. Kufner in einem offenen Brief mitteilt. Nun wird von den Gegnern der Ausstellung argumentiert, beide Veranstaltungen seien logistisch nicht miteinander vereinbar.

Damit scheint es klar, dass die Wehrmachtsausstellung statt in Prora in Peenemünde auf Usedom gezeigt wird. Das neonazistische „Freie Infotelefon“, das sich auf die Hetze gegen die Ausstellung und ihre Macher eingeschossen hat, mobilisiert bereits zu einer Demonstration am 2. August des Jahres. Bereitwillige Unterstützung dürften die Hamburger Neonazis von ihren Usedomer und Anklamer Kameraden erhalten. Nun hat die Öffentlichkeit Usedoms die Möglichkeit, ihren kritischen Umgang mit der deutschen Geschichte und dem gegenwärtigen rechten Ungeist zu beweisen. Die Einwohner Rügens haben in der Mehrheit gezeigt, dass sie dazu nicht in der Lage sind.

Pressemitteilung zur Absage des Instituts für Sozialforschung an die Stiftung „Neue Kultur“; http://www.linkslang.de; Quelle: indymedia ■

„Den Gleichschritt übertönen!“

Bericht von der Kundgebung um fünf vor zwölf vor dem Bochumer Hauptbahnhof am 22. Febraur 2003

„Sollen sie doch versuchen, in Langendreer ihre Trommeln zu schlagen. Wir werden den Gleichschritt übertönen, denn wir sind zahlreich und unsere Herzen schlagen überall“, hieß es in einer der Reden, die ab 5 vor 12 am Kurt-Schumacher-Platz vor dem Bochumer Hauptbahnhof am 22. Februar gehalten wurden. Hier hatten sich nach Abschluss der städtischen Kundgebung vom Husemannplatz etwa 800 Menschen versammelt, die dem Bündnisaufruf demokratischer Gruppen, Organisationen und Vereine sowie der alevitischen Gemeinde, des AStA, der Grünen und der PDS gefolgt waren. Diese hatten dazu aufgerufen, einen faschistischen Aufmarsch in Bochum zu verhindern.

Im Namen der Medizinischen Flüchtlingshilfe erinnerte Kundgebungsmoderator Knut Rauchfuss an Kurt Schumacher, nach dem der Bahnhofsvorplatz benannt ist und der zehn Jahre in nationalsozialistischen Konzentrationslagern gequält wurde. Rauchfuss zitierte den ehemaligen Vorsitzenden der Sozialdemokraten mit den Worten: „Die ganze nationalsozialistische Agitation ist ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen. Das deutsche Volk wird Jahrzehnte brauchen, um wieder moralisch und intellektuell von den Wunden zu gesunden, die ihm diese Art von Agitation geschlagen hat!“ Rauchfuss rief dazu auf, diesem moralischen Genesungsprozess in Bochum durch eine machtvolle Verhinderung des Nazi-Aufmarsches einen Schritt nach vorne zu verhelfen. Bürgermeisterin Gabriele Riedl (Bündnis 90 / Die Grünen) erinnerte an den Todestag der Geschwister Scholl, die heute vor 60 Jahren von den Nationalsozialisten hingerichtet wurden und mahnte, dass nicht nur in Bochum sondern nirgends mehr ein Platz für Faschisten sein dürfe.

Johannes Ludwig von der Initiative „Erinnern für die Zukunft“ erinnerte daran, dass der Verein überlebende ehemalige jüdische MitbürgerInnen einlädt: „Was, bitte schön, sollen wir unseren Gästen eigentlich sagen, wie sollen wir ihnen vor ihre Augen treten, wenn sie erfahren, dass es heutzutage in eben dieser Stadt Bochum möglich ist, behördlicherseits genehmigte, durch hiesige Polizisten geschützte öffentliche Veranstaltungen, Demonstrationen und womöglich auch noch sogenannte Kulturfeste geben darf, auf denen die Veranstalter und Mitglieder als Nazis offen und unverblümt für ihre sogenannten politischen Auffassungen öffentlich auftreten dürfen.“

Uli Kriegesmann vom Vorstand der GEW betonte die Verantwortung der Schulen für die Vorbeugung vor der Entstehung faschistischen Gedankengutes. Bildung sei nicht allein eine Ansammlung von Wissen, sondern müsse menschliche Werte vermitteln. Daher beteilige sich die GEW an der Kundgebung. Manfred Preuss von der Fraktion „Bündnis 90 / Die Grünen im Bochumer Rat“, der die Kundgebung vor dem Bahnhof angemeldet hatte, verurteilte in seinem Redebeitrag den alltäglichen



Rassismus. Faschismus entstehe in der Mitte der Gesellschaft. In diesem Zusammenhang ging Preuss auch auf rassistische Wahlkampfparolen gegen die doppelte Staatsbürgerschaft ein und forderte die Verantwortung aller, auch im Alltag einzugreifen.

Um 12:34 setzten sich etwa 600 Leute mit der S-Bahn nach Langendreer-West in Bewegung, wo sie im Anschluss über eine Stunde lang den Bahnsteig blockierten. Von da an stauten sich anreisende faschistische Gruppen auf den Gleisen des Bochumer Hauptbahnhofes. „Wir bleiben hier, bis auch der letzte Faschist den Innenstadtbereich einschließlich des Bahnhofs verlassen hat, verkündeten die verbliebenen KundgebungsteilnehmerInnen auf dem Bahnhofsvorplatz. Schließlich wurde gegen 13:45 Uhr ein S-Bahnwagen voll mit Neonazis nach Dortmund zurückgeschickt. 50 bis 70 weitere wurden noch so lange auf den Gleisen festgehalten, bis die Polizei die Blockade am Zielbahnhof Langendreer-West geräumt hatte. So lange harrten auch die antifaschistischen DemonstrantInnen vor dem Hauptbahnhof aus. Sie zeigten sich entschlossen, der Polizei zu beweisen, dass faschistische Aufmärsche in Bochum undurchführbar sind.

Berichte über die Ereignisse in Langendreer/Werne folgen in den nächsten Tagen auf http://www.bo-alternativ.de. Dort sind auch die Reden im Wortlaut nachzulesen.

bo-alternativ.de, 22.2.03 ■

Erb- oder Richtungsstreit beim Front National?

Sitten reißen ein beim rechtsextremen Front National (FN), an die man früher nicht zu denken gewagt hätte. Da kämpfte man jahre- oder jahrezehntelang für „Disziplin, Respekt und Autorität“, und durfte im Geiste strammstehen. Und dann so etwas! Der alternde Chef hatte sich, interviewt durch die Tageszeitung *La Provence*, ein paar abfällige Bemerkungen über einen subalternen Kader – den Bürgermeister des südfranzösischen Orange, Jacques Bompard – erlaubt. Über ihn merkte er an: „Bompard hat so viel Chancen, Präsident des FN zu werden, wie ich selbst (Le Pen) Chancen habe, Erzbischof zu werden.“

Und prompt giftete Jacques Bompard in einem Schreiben, welches er an die wichtigsten Führungsmitglieder der rechtsextremen Partei verteilte und das durch die FN-nahe Tageszeitung *Présent* (die dem katholisch-fundamentalistischen Flügel gehört) publiziert wurde, zurück: „Gestehen Sie mir zu, dass Sie eher Chancen haben, Erzbischof zu werden, als eines Tages unter den Bedingungen des Mehrheitswahlrechts gewählt zu werden.“

Das hatte gesessen. Denn einerseits rührte er an eine politische Schwachstelle von Jean-Marie Le Pen. Dessen Wahlstrategie des „Allein gegen alle“, unter Ablehnung von Bündnispolitik in die bürgerlichen Parteien hinein, kann zwar mitunter beeindruckende Stimmergebnisse (wie beim ersten Durchgang der Präsidentschaftswahl im April 2002) hervorrufen – aber eben doch niemals den Sieg sichern. Andererseits aber kann Jacques Bompard seinerseits, und auf seiner Ebene als (überwiegend) Lokalpolitiker, Wahlsiege auch unter dem Mehrheitswahlrecht vorweisen. Bei den landesweiten Kommunalwahlen im März 2001 konnte er das Rathaus, das er bereits seit 1995 führte, mit glatten 60 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang sichern. In jüngerer Zeit konnte er beweisen, dass er seine Erfolgsfähigkeit beibehalten hat – denn als vor drei Monaten ein Sitz im Bezirksparlament seines Départements Vaucluse neu zu besetzen war, holte Bompard bei der organisierten Nachwahl für dieses Mandat 54,4 Prozent der Stimmen. Das war am 24. November 2002.

■ Vor dem FN-Kongress im April

Im Hintergrund des Streits steht, natürlich, die seit Monaten schwelende Nachfolgefrage innerhalb des Front National. Dessen Gründer und Führerfigur wird im Juni dieses Jahres 75. Noch denkt er nicht daran, das Heft aus der Hand zu geben. Le Pen hat bereits öffentlich kalkuliert: Der nächste Parteitag – er findet vom 18. bis 21. April dieses Jahres in Nizza statt - liegt noch zu früh, als dass von seiner Abwahl an der Parteispitze die Rede sein könnte.

Und der übernächste Kongress wird dann im Jahr 2006 so gelegt werden, dass er dicht an die (Präsidentschafts- und Parlaments-)Wahlen 2007 heran kommt, so dass man in den Reihen des FN die Führungsfrage zu dem Zeitpunkt nicht wird eröffnen wollen. Denn bereits im Sommer vorigen Jahres hatte Le Pen erklärt, sich auch die nächste Präsidentschafts-Kandidatur noch reservieren zu wollen.

Doch hinter den Kulissen hat der Gedanke an die Nachfolge des politischen Übervaters bereits zu Verwerfungen geführt. Nachdem das Medientalent der jüngsten der drei Töchter des Chefs – der 35jährigen Juristin Marine Le Pen – durch die Fernsehauftritte des Frühjahrs 2002 entdeckt worden war, begann ihr Vater hinter den Kulissen die „dynastische“ Form der Nachfolge einzuleiten. Doch offiziell erklärt er bis heute, „wenn (ihm) heute etwas zustoßen sollte“, dann sei der amtierende FN-Generalbeauftragte (délégué général) Bruno Gollnisch sein wahrscheinlicher Nachfolger. Sei es, um die alte Garde im Parteiapparat bei der Stange zu halten – oder sei es, um seine Tochter vor politischer „Abnutzung“ zu verschonen. Aus den Medien hat sie das freilich nicht herausgehalten.

Im Gegenteil: Ihre Medienauftritte und Einladungen zu Interviews sind kaum noch zu zählen, und alle möglichen Publikationen – bis hin zur Regenbogenzeitschrift VSD – interessieren sich nunmehr für die politischen Beziehungen zwischen der Le Pen-Tochter und Bruno Gollnisch. Auf jedes Bonmot, jedes vermeintlich böse Wort wird gelauert. Einer der Gründe dafür – neben der Sensationsbegierigkeit eines bestimmten Medienbetriebs –



liegt wohl auch darin, dass viele JournalistInnen glauben, sie könnten das Spiel wiederholen, das sie vor einem halben Jahrzehnt zum Schaden des Front National mit dessen Prominenz betrieben hatten. Damals hatten sie den – zweifellos strategisch intelligenten und deshalb gefährlichen – Chefideologen der Partei, Bruno Mégret, zur zentralen Figur aufgebaut. Dieser wurde jahrelang in die Position des Herausforderers des FN-Vorsitzenden geschrieben, während er auf dessen Erbe lauern wollte – bis Le Pen sich aber durch dessen Position im öffentlichen Leben derart provoziert fühlte, dass er Mégret im Dezember 1998 vor die Tür setzte. Mit seiner Position im Apparat hat Mégret – der zwar intelligent, aber völlig uncharismatisch und außerhalb der „Kader“strukturen nicht populär ist – alles verloren, seine politische Karriere ist restlos gescheitert.

■ „Medienstar“ Marine Le Pen

Durch systematisches Personalisieren der Ereignisse innerhalb des FN und durch Bekanntmachen der Le Pen-Tochter glauben manche Akteure in den Medien, auch heute wieder Spannungen in der Partei hervorrufen zu können. Daher stürzten sie sich auch begierig auf die Differenzen, die zum Ausdruck kamen. Teilweise sind sie real, vor allem zwischen Marine Le Pen – die der Partei ein „modernes“, verjüngtes und für Frauen offeneres Image verleihen soll – und dem Parteiflügel der katholischen Fundamentalisten. Nachdem die 35jährige, die geschieden und wieder verheiratet ist – was die Fundamentalisten bereits stören dürfte – im Hochsommer 2002 erklärte hatte, für die Förderung „französischer“ Geburten statt für die Bestrafung von Abtreibung einzutreten, forderte der Chef der Rechtskatholiken, Bernard Antony, bereits lautstark eine programmatische Klarstellung. Im September lästerte Antony über die jungen Aufsteiger beim FN – im Umfeld von Marine Le Pen, die im Juni 02 die Vereinigung „Génération Le Pen“ übernahm – schon mal als „Nachtclubber“.

Der katholisch-fundamentalistische Parteiflügel setzte deswegen längere Zeit auf Bruno Gollnisch, um die Juniorin zu stoppen. Doch heute scheint man nicht mehr so richtig an dessen Durchsetzungschancen zu glauben. Ihm droht gerade seine extreme Loyalität zu Le Pen – der ihn nach dem Hinauswurf Mégrets auf dessen Platz einsetzte – zum Verhängnis zu werden, kann er sich doch nicht allzu laut gegen eventuelle Nachfolgepläne des Chefs stellen.

Jacques Bompard selbst steht den Ultrakatholiken eher nahe und ist für seine Abneigung gegen Modernisierungs-Schnickschnacks bekannt. 1999 hatte er den damaligen FN-Newcomer Samuel Maréchal, er ist mit einer anderen Le Pen-Tochter verheiratet, auf Dauer zum Schweigen ge-

Ernst Zündel verhaftet

USA. Ernst Zündel – beziehungsweise in der englischen Schreibung Zundel – wurde von Beamten der US-Einwanderungsbehörde verhaftet. Ihm wird vorgeworfen, an einer behördlich angeordneten Anhörung nicht teilgenommen zu haben.

Der gebürtige Deutsche ist inzwischen weltweit bekannt. Schon seit Jahren verbreitet er im Internet Nazi-Informationen und lässt sich ausführlich über die „Auschwitzlüge" aus. Er verneint, dass das Hitler-Regime für den Tod von Millionen Juden verantwortlich war. Im Januar 2002 ordnete schließlich die Menschenrechtskommission Kanadas an, dass Zundel seine Site einstellen muss. Damit war für Zündel das Kapitel Kanada abgeschlossen. Er war 1958 dort eingewandert und hatte seit 1996 sein Online-Informationsangebot eingerichtet. Insgesamt über 50 Verfahren waren in Kanada deswegen gegen ihn eingeleitet worden.

Schon vor der endgültigen Entscheidung der Menschenrechtskommission hatte Zundel den Umzug in die USA eingeleitet. Auch sein WWW-Angebot war längst bei einem texanischen Provider gehostet. Nur die Einwanderung musste noch abgeschlossen werden. Die aktuelle Verhaftung dürfte allerdings aus seiner Warte nicht als gutes Omen anzusehen sein. Ein von seiner Lebensgefährtin veröffentlichtes Schreiben legt nahe, dass er schon vermutet hat, wegen einer „bürokratischen Kleinigkeit" von den US-Behörden verhaftet zu werden. Gegen bürokratische Verhaftungsgründe bietet die verfassungsrechtliche Redefreiheit, auf die sich Zundel immer beruft, offenbar keine Hilfe. ■

Quelle: http://www.intern.de/news/3984.html

Baden-württembergischer Städtetag ehrte Rechtsradikalen

Stuttgart. Für langjährige verdienstvolle Tätigkeit" und vorbildliches kommunalpolitisches Engagement nahm Stadtrat Jürgen Schützinger aus Villingen-Schwenningen Anfang Dezember aus den Händen von Oberbürgermeister Manfred Matusza (CDU) die Silberne Ehrennadel des baden-württembergischen Städtetags entgegen und erhielt für 20 Jahre Gemeinderatstätigkeit obendrein die Ehrenurkunde des Verbands. Keine Ehrung wie jede andere: Schützinger war langjähriger Landesvorsitzender der baden-württembergischen NPD und ist heute Landesvorsitzender und

bracht, als dieser eine „Lockerung" der Parteipositionen zur Einwanderung andeutete. Nunmehr hat Bompard eine andere Variante ins Spiel gebracht. Nach einer bitteren Feststellung zu den derzeit gehandelten Nachfolgern für die FN-Spitze – „Wo auch immer meine Augen hinblicken, nirgendwo sehe ich einen Mann oder eine Frau mit den Qualitäten...." – bringt er eine andere Variante ins Spiel: „Eine Bewegung, die durch Aktivisten angeführt wird? Warum nicht." Durch Männer vom „Terrain" eben.

Um solche zu sammeln, hat Bompard Anfang Februar 03 die Gründung eines neuen Clubs unter dem Namen „L'Esprit public" – ungefähr: Der staatsmännische Geist – bekannt gegeben. Persönlich macht er allerdings derzeit keine Ambitionen auf die Parteispitze geltend; ihm geht es im Augenblick eher darum, wie die Partei jetzt und künftig geführt wird. Die Stagnation im zweiten Wahlgang im Mai 2002 beweise, so Bompard nicht unrichtig, „sein (des FN) Fehlen an gesellschaftlicher Einwurzelung, in der Jugend, bei den Arbeitern, bei den Angestellten." Solche Mängel hatte Bruno Mégret um die Mitte der 90er Jahre durch eine Wendung der Partei zur Sozialdemagogie, bis hin zur Gründung eigener Pseudo-Gewerkschaften, zwecks echter sozialer Verankerung auszubügeln versucht.

■ Strategische Probleme des Front National

Und doch: Nach dem Kampf um den Parteiapparat und der Spaltung von 1998/99 ist der FN heute weiter entfernt als damals, diese Probleme behoben zu haben. Nach dem jüngsten Skandal um Massenkündigungen bei der nordfranzösischen Firma Metaleurop – ein Schweizer Aktionär hatte sich am 17. Januar von heute auf morgen aus einer Filiale seines Konzerns zurückgezogen, nachdem er diese über ein Jahr hinweg systematisch hatte finanziell austrocknen lassen, und 830 Beschäftigte buchstäblich (ohne Abfindung oder Einhalten von Kündigungsfristen) auf der Straße sitzen lassen – eilte Marine Le Pen zwar in das Département Pas-de-Calais. Dort liegt die betreffende Firma, aber auch ihr Wahlkreis (um Lens), wo sie im Juni 2002 kandidiert und über 30 Prozent der Stimmen erhalten hatte. Am 30. Januar, auf dem Höhepunkt der Affäre, tauchte die Tochter des FN-Chefs im betroffenen Ort Hénin-Beaumont auf. Aufgrund „befürchteter Provokationen der CGT-Gewerkschaft", wie es hieß, traute die Jungpolitikern sich allerdings nicht in die Nähe der Fabrik – in welcher überwiegend die CGT die Beschäftigten verteidigt – heran. Stattdessen gab sie eine Pressekonferenz beim örtlichen FN-Regionalparlamentarier Steeve Briois zu Hause. Dort denunzierte sie die EU-Integration und die Globalisierung, die das nationale Kapital wehrlos gemacht hätten und so Arbeitsplätze zerstörten. Von der Form her wirkte dieser Auftritt freilich eher hilflos. (Seinerzeit, in den Jahren 1996 bis 1998, hatte die Ex-Nummer Zwei der Partei, Bruno Mégret, zumindest noch Blitzauftritte vor den Firmentoren direkt absolviert, dabei immer gut von seinem Ordnerdienst geschützt. Die Schnellauftritte ähnelten zwar mitunter eher Kommandoaktionen, aber immerhin stand dann in der Presse, Mégret sei bei den Beschäftigten am Fabriktor gewesen.)

Der FN bleibt nicht nur eine fast reine Wahlpartei, sondern noch dazu eine, deren öffentliches Image stark auf eine Person zugeschnitten ist. Seit dem Herbst 2002 bringt die große Mehrheit der „Teilwahlen" (in Frankreich wird jedes Mal auf der Ebene eines Wahlkreises neu gewählt, wenn der Inhaber seines Parlamentssitzes sein Mandat aus irgendeinem Grunde niederlegt) einen Rückgang der FN-Stimmen gegenüber dem vorher erreichten Stand mit sich. In Maubeuge an der belgischen Grenze etwa (einer Stadt, die stark von sozialer Krise und Entindustralisierung betroffen ist und bisher dem FN eher ein günstiges Terrain bot) war der Front National im Dezember 2002 nicht im zweiten Wahlgang, der Stichwahl um ein freigewordenes Mandat, vertreten. Und dies zum ersten Mal seit 1988, denn in den 15 Jahren davor hatte die rechtsextreme Partei hier stets den Einzug in die Stichwahl geschafft. Man kann wohl eine (vorübergehende?) Demobilisierung eines Teils ihrer Wählerschaft konstatieren.

Auf frankreich-weiter Ebene hat die stark rechtslastige und repressive Regierungspolitik in Sachen „Innere Sicherheit" wohl dazu beigetragen. So fragte sich ‚Le Monde' aus Anlass des Jahreswechsel perspektivisch: „Wird (Innenminister) Nicolas Sarkozy den FN zurückgehen lassen?" (LM vom 31. Dezember 2002) Zumal der aktuelle Innenminister ein derartiger Hardliner in Sachen Polizeipolitik (Ausdehnung der Vollmachten des Sicherheitsapparats, Einführung neuer Straftatbestände, die sich oftmals gegen soziale Randgruppen richten...) ist, dass er es sich politisch „leisten" kann, mitunter frontal konfrontativ gegen Le Pen aufzutreten. Und das, ohne zu fürchten, deswegen als „Schlaffi" in Sachen Innere Sicherheit vor einer rechten Wählerschaft dazustehen. Am 9. Dezember 02 etwa diskutierte Nicolas Sarkozy in der Politsendung „100 minutes pour convaincre" auf France 2, die dem Minister gewidmet war, einige Minuten lang mit Jean-Marie Le Pen, der als erster Diskutant ins Studio zugeschaltet worden war. Nachdem Sarkozy zuvor lang und breit seine repressive Politik verteidigt hatte, griff er Le Pen rundheraus an, was dessen rassistische Vorstellungen zu „Nation" und Staatsbürgerschaftsrecht betrifft. Der Innenminister erinnerte Le Pen daran, dass sein Vater Ungar – also Ausländer – gewesen sei, und fügte offensiv und ironisch hinzu: „Es wäre doch schade, nicht wahr,

wenn ich nicht Franzose sein dürfte?“ Ein Nicolas Sarkozy droht dabei weniger als ein anderer als „Sicherheitsrisiko“ durchzugehen. Le Pen jedenfalls „sah“, wie die Presse am folgenden Tag kommentierte, in der Debatte plötzlich „alt aus“. Nicht häufig zuvor hatte der FN-Chef in einer Debatte (in den Augen vieler Beobachter) so unterlegen gewirkt, wie in dieser.

Der Front National reagiert bisher auf die Herausforderung, indem er den Schwerpunkt seines Diskurses vom Bereich der „Inneren Sicherheit“ weg- und zum (für ihn „klassischen“) Thema der Immigration hin verlagert. So erklärte FN-Generalsekretär Carl Lang im Januar: „Wir werden unsere Kritik also auf dieses Thema (die Immigration, Anm.) sowie auf jenes der Integration der Türkei in die EU konzentrieren. Wir sind die einzigen, die diesen roten Faden im Hinblick auf die Wahlen des Jahres 2004“ – im März 04 werden die französischen Regionalparlamente, im Juni 04 wird das Europaparlament neu gewählt – „gewählt haben“. (LM, 25. Januar 03)

Und die angeblich so moderne und softe Anwärterin auf die Parteiführung, Marine Le Pen, erklärte anlässlich ihres großen Fernsehauftritts bei der Politikersendung „Grand Jury RTL-Le Monde-LCI“ am 26. Januar 03: „Ich sage nicht, dass dieser Junge“ – gemeint war Innenminister Nicolas Sarkozy – „nicht guten Willens ist. Aber was er macht, ist völlig wirkungslos, weil er nicht die Ursachen der Unsicherheit angreift. Die Immigration ist nicht die einzige Ursache, aber eine der Hauptursachen. Nehmen wir das ‚aggressive Betteln‘ oder die Probleme der Prostitution“ – beides sind Gegenstände von jüngsten Gesetzesverschärfungen und Strafdrohungen, die Sarkozy einleitete - „jedermann weiß, dass das ausländische mafiöse Netzwerke sind. Warum also nicht die Immigration angehen?“

Derzeit ist aber nicht sicher, ob diese Rechnung aufgehen wird. Die Immigration steht – anders als oft während der 80er und 90er Jahre – nicht im Mittelpunkt der innenpolitischen Debatte, mit allem Schüren von Ängsten, das seinerzeit damit einher ging. Zumal derzeit eher die, von den neoliberalen Befürwortern einer Teilprivatisierung der Rentensysteme drohend ausgemalte, „Überalterung der Bevölkerung“ für Furcht sorgt... Der FN könnte in den Augen des Publikums daher auch zunehmend als „extremistisch“ erscheinen, wenn er zu stark auf dieses alleinige Thema setzt.

■ Innerparteiliche Reaktionen

FN-Generalsekretär Carl Lang - der selbst zu den Befürwortern einer stärker „sozialen“ Strategie zählt - bezeichnete nach der eilig einberufenen Tagung des Politischen Büros (des innersten Führungszirkels) vom 6. Februar 03 die Vorwürfe zwischen Le Pen und Bompard als „bedauerliches Missverständnis und abgehakte(n) Zwischenfall“. Hingegen ergriff Bernard Antony vom ultrakatholischen Flügel stärker Partei: Er bedauere, „dass Jean-Marie Le Pen die Initiative von Bompard schlecht aufgenommen hat.“

■ Der Streit setzt sich fort

Mitte Februar ging die Polemik unter FN-Kadern weiter. In einem, auf den 11. Februar datierten (und via ‚Le Monde‘ veröffentlichten) Brief an Marine Le Pen warf der Bürgermeister von Orange der Tochter Le Pens – an die er sich dieses Mal direkt wandte – vor: „Sie kennen die Arbeit auf dem Terrain nicht. Wir handeln im realen Leben, nicht im virtuellen der Medienwelt. Ihre Missachtung betrifft zwar nur ihr eigenes Gewissen, aber ihre Ungeschicktheit hat Auswirkungen auf die Bewegung. Es handelt sich demnach um einen schweren politischen Fehler.“ Anlass für die scharfen Äußerungen war die zuvor gefallene Aussage von Marine Le Pen, Jacques Bompard sei gerade mal fähig, sich mit Abwässern zu beschäftigen – eine Anspielung auf den Vortrag zur Abwasserentsorgung, den Bürgermeister Bompard auf der „Sommeruniversität“ des FN im August 02 in Annecy hielt. Am 13. Februar giftete Jean-Marie Le Pen auf dem Sender LCI zurück, und bezeichnete die Vorhaltungen des Bürgermeisters von Orange u.a. als „Wortschwälle“. Wenn Bompard eine „mangelnde Verwurzelung des FN auf dem Terrain“ beklage, dann solle er sich mal um die Situation der Parteisektion „im Département Vaucluse kümmern, für die er verantwortlich ist und in der er seit mindestens 20 Jahren keinerlei Fortschritte auf diesem Gebiet gemacht hat.“

Die Regionalparlamentarierin in der Ile-de-France (Großraum Paris) Lydia Schenardi wiederum wandte sich in einem Brief an Bompard, der durch die Presse publik wurde. Darin hält sie Jacques Bompard u.a. vor: „So ehrenhaft sie auch sein mag, die Verwaltung einer Kommune hat Sie, Herr Bürgermeister, von der Realität des politischen Engagements und dem Dasein einfacher Kader, die wir sind, entfernt. Als Bürgermeister verfügen Sie über Geldmittel, über Posten, die Sie verteilen können, über abzutretende Wohnungen. Als Kader der Bewegung haben wir nichts anzubieten, und das macht den ganzen Unterschied aus.“ Und: „Die Bewegung in die Hände eines Vereins von Gemeinschaftseigentümern zu legen“ – wo-ran Bompard demnach zufolge denke, wenn er eine Führung der Partei durch Aktivisten fordere – „wird nicht dazu führen, dass Sie es schaffen werden, >die Massen zu mobilisieren<. Wir sind nicht wie die Vertreter eines Unternehmens, das Konkurs angemeldet hat und dem ersten besten Aufkäufer seine Zukunft anvertraut.“

Ihr Ehemann, Jean-Pierre Schenardi, seinerseits Regionalparlamentarier in Nizza, erklärte wiederum gegenüber ‚Le Monde‘: „Ich schätze Bompard, aber er hat uns keine Lektionen zu erteilen. Es ist lange her, dass er keinen Tür-zu-Tür-(Wahl)kampf mehr macht. Es wäre ein Verbrechen von Majestätsbeleidigung, wenn er die Nachfolge von Jean-Marie Le Pen anstreben würde“. Dessen Tochter hingegen bringe dem FN „einen neuen Ton“ mit. Schenardi warnte vor „denen, die innerhalb unserer Bewegung einen Elan der Hoffnung gern zerstören würden.“

Oh Neid und Missgunst, haltet Ihr sie gefangen, dann lasst sie nur nicht mehr los ... *Bernhard Schmid, Paris* ■

Bundessprecher der rechtsradikalen „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH), die am 3. Oktober 1991 von ehemaligen Funktionären der NPD, DVU, DSU und der neurechten Redaktion Nation und Europa als „Sammlungsbewegung der nationalen Rechten“ gegründet wurde und heute 230 Mitglieder zählt.

Mit einiger Verspätung hat die Ehrung des braunen Funktionärs nun die Landes-SPD auf den Plan gerufen. „Angesichts der anhaltenden Bedrohungen für unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat, die laut Verfassungsschutz nach wie vor von Rechtsextremisten ausgehen, halte ich die Auszeichnung Schützingers für einen schweren Rückschlag im Kampf gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen“, empörte sich der SPD-Verfassungsschutzexperte und Landtagsabgeordnete Stephan Braun, der die Sache am Donnerstag, 13.2. weiterhin bekannt machte. Der Vorgang sei ein „Schlag ins Gesicht aller Demokraten“. Die Auszeichnung des Rechtsextremisten müsse umgehend zurückgenommen werden, forderte Braun in einem Brief an den Städtetag.

Dessen Präsident Bernd Doll (CDU) weist indes jede Verantwortung von sich. Die Ehrenordnung des Städtetags sehe vor, dass die Stadt die Verantwortung dafür trage, dass die zu Ehrenden auch vertrauenswürdig seien. Politische Bedenken treiben den CDU-Politiker offensichtlich nicht um. „Solange Parteien nicht verboten sind, solange die Gemeinderäte von den Bürgern rechtmäßig gewählt wurden, gut in den Kommunalgremien mitarbeiten und niemandem etwas tun, spricht nichts gegen eine Ehrung“, erklärte Doll vor der Presse. Im Rathaus von Villingen-Schwenningen sieht man ebenfalls keinen Handlungsbedarf. „Herr Schützinger hat alle formalen Kriterien eines Ehrennadelträgers erfüllt, eine politische Bewertung seiner Gemeinderatstätigkeit steht der Stadtverwaltung nicht zu“, erklärte Pressesprecher Ralf Glück *Martin Höxtermann, junge Welt, 17.2.* ■

No War!

Fortsetzung von Seite 1

- ein Nein im UN-Sicherheitsrat gegen jede kriegsfördernde Resolution,
- die Verweigerung jeder direkten oder indirekten Unterstützung für den Krieg,
- der Abzug deutscher Truppen aus Kuwait und aus der Golfregion,
- die Rücknahme der Nutzungserlaubnis für US-amerikanische Stützpunkte und der Überflugsrechte zu Kriegszwecken,
- die Einstellung von AWACS-Flügen deutscher Besatzungen im Fall eines Krieges.

Von dieser Berliner Kundgebung senden wir ein Signal an alle Menschen in unserem Land aus: Wir müssen mit langem Atem, Mut und Zivilcourage gegen den drohenden Irak-Krieg und gegen jeden anderen Krieg Widerstand leisten.

Für den Frieden zu arbeiten heißt heute:

1. Sprechen wir den Regierenden dieser Welt jede Legitimation zur Kriegführung und Unterdrückung ab! Krieg darf kein Mittel von Politik sein!

2. Verweigern wir der US-Regierung die Gefolgschaft in Krieg und Gewalt! Solidarität und Freundschaft mit dem friedliebenden Amerika, nicht mit den Kriegstreibern im Weißen Haus!

3. Setzen wir die universelle Geltung des Völkerrechts und der Menschenrechte durch! Kein Staat hat für sich das Recht, ein fremdes Regime abzusetzen oder zu beseitigen; dieses Recht haben nur die betroffenen Völker selber - auch im Fall des Diktators Saddam Hussein im Irak.

4. UN-Waffeninspektionen sollen nicht nur im Irak durchgeführt werden, sondern weltweit Schule machen! Es gibt Länder, die sich aufgrund der Anhäufung riesiger Arsenale konventioneller und atomarer Waffen und vermuteter biologischer und chemischer Waffenprogramme für solche Inspektionen geradezu anbieten. Also: Inspektionen auch in den USA, in Großbritannien und bei uns in Deutschland!

5. Jede weitere Aufrüstung und der Umbau der Bundeswehr in eine Interventionsarmee gehen an unseren Lebensinteressen vorbei. Das Geld dafür ist in Schulen und Krankenhäusern sehr viel besser angelegt. Von Deutschland darf kein Krieg, keine militärische Intervention mehr ausgehen. Europa darf keine Militärmacht werden!

6. Bekämpfen wir die Ursachen von Gewalt, Terror und Krieg in der Welt! Setzen wir uns ein für eine Wirtschafts- und Lebensweise, die nicht länger ökologische Ressourcen verschwendet und endlich die globalen Probleme löst. Beseitigen wir Hunger, Armut, Analphabetismus, soziale Ungerechtigkeit und politische, ethnische, rassische, geschlechtliche und religiöse Diskriminierung.

Wir sind Teil einer machtvollen politischen und sozialen Antikriegs- und globalisierungskritischen Bewegung, die nicht nur gegen Terror und Krieg aufsteht. Wir sind angetreten, eine andere Welt möglich zu machen:

- eine Welt der globalen Gerechtigkeit, in der die Lebensinteressen und elementaren sozialen Rechte aller Menschen mehr zählen als das ökonomische Kalkül einer kleinen Schicht Privilegierter;
- eine demokratische Welt, in der sich der Friedenswille der Menschen durchsetzt.

Noch können wir den drohenden Krieg gegen Irak verhindern. Unser Widerstand wird auch nach dieser bewegenden Demonstration weitergehen – auf allen Ebenen: in Schulen, Betrieben, Kirchen, auf der Straße, vor Kasernen und Militärstützpunkten. Mit Mahnwachen, Demonstrationen, Blockaden, Streiks, Ostermärschen und vielen anderen Formen unseres Protestes.

Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts!

„Aus den gequälten Seelen entsteht Hass, Zorn und Wut“

Von Sumaya Farhat-Naser

Verbunden mit Millionen Menschen in der ganzen Welt stehen wir heute hier, um den Krieg nicht als Mittel der Konfliktlösung gelten zu lassen. Wir sind verbunden mit allen Menschen, die sich gegen den Krieg erheben: in New York, Paris, London, Baghdad, Tel Aviv, Teheran, Nablos, Ramallah und mit allen Menschen, die nicht demonstrieren dürfen.

Krieg kann niemals eine Rettung, und Gewalt kann niemals Frieden schaffen.

Krieg tötet und zerstört. Wer sorgt sich um die Menschen in Irak? Anscheinend bleiben sie bedeutungslos, denn es geht um die Beherrschung der Region und ihrer Ressourcen.

Die globalen geo-strategischen Kräfteverhältnisse verleiten die Mächtigen, sich als die alleinigen Besitzer der Weisheit zu sehen, als die, die allein über das Recht verfügen, über Leben und Tod anderer zu bestimmen.

Wer vom Krieg profitiert, sucht Rechtfertigung dafür im Namen der Religion und der Demokratie, im Namen von Sicherheit und Frieden. Mit dem gemeinsamen Entschluss der Mächtigen zum Krieg, um gemeinsam vom Krieg zu profitieren, setzt sich die Globalisierung durch, ungeachtet der Schäden an Freiheit, Menschlichkeit und Moral.

Für die Kriegsführung stehen unbegrenzte Ressourcen bereit. Planung, Vorbereitung, Durchführung sowie Medienarbeit sind in vollem Gange. Was wäre möglich, wenn ein Bruchteil all dieser Bemühungen und Kosten dem Frieden gewidmet würde? Wenn der Irak militärisch bezwungen ist: Welches Land kommt dann als nächstes? Welches Land hat keine vernichtenden Waffen? Welches Land ist wirklich demokratisch? Warum versagt die internationale Gemeinschaft, wenn die Resolutionen der UNO im Palästina-Israel Konflikt nicht respektiert werden? All dies sind Fragen, die die Völker im Nahen Osten mit Angst und Verbitterung stellen.



ARBEITER FOTOGRAFIE Info: www.arbeiterfotografie.com



Als Palästinenserin verurteile ich den geplanten Krieg gegen den Irak, weil ich weiß, was ein Krieg ist. Wir sind Opfer der vielen Kriege im Nahen Osten: Die Vertreibung der Hälfte unseres Volkes ist auf den Krieg von 1948 zurückzuführen. Über drei Millionen Flüchtlinge leben seit über 50 Jahren im Exil, im Gefühl des erlittenen Unrechts und der Unterdrückung. Die 35-jährige Besatzung unseres Volkes in der Westbank und im Gazastreifen ist eine Folge des sog. 6-Tage-Krieges. Im Krieg von 1973 wurden Hunderttausende von Palästinensern erneut vertrieben. Seit April 2002 sind wir einem ungewöhnlichen Kriegszustand ausgeliefert, in welchem täglich Menschen getötet werden, ohne dass diese Toten inzwischen noch eine Zeitungsmeldung wert wären. Wir werden unserer Würde als Menschen beraubt, unsere Gesellschaft wird zerstört, unsere Existenz-

grundlage wird vernichtet. Wir alle, Palästinenser und Israelis, verlieren an Menschen und an Menschlichkeit, wir entbehren im Alltag jegliches Sicherheitsgefühl mehr als je zuvor, denn der Einsatz brutalster Kriegsmaschinerie und Gewalt kann niemals Sicherheit bringen. Wir wollen und können keinen Krieg führen gegen Israel, wir wollen die Verwirklichung unserer Menschen- und Völkerrechte. Wir wollen Frieden mit Israel.

Das Land der ältesten Kulturen, der Bögen und Arkaden, der vergoldeten blau und türkis gefärbten Kuppel und Türme, der Dattelpalmen und Olivenbäume, der Poesie und Lyrik, dieses Land sieht mit Schrecken den Tod seiner Einwohner, seien sie Araber, Kurden, Kildan, Assyrer, Armenier oder Palästinenser im IRAK.



Im letzten Golfkrieg erreichte die Zahl der Opfer des Krieges und seiner Auswirkungen eine Million. Diesmal wird ihre Zahl in Irak und der gesamten Region viel höher sein. Niemand bleibt erspart, weder Befürworter noch Gegner dieses oder jenes politischen Regimes, auch nicht Unentschiedene oder Ungefragte.

Die Bevölkerung wird stärker darunter leiden, weil sie ihrer Macht beraubt wurde, ein politisches Regime zu wählen, das im Einklang steht mit dem, was verlangt wird. Das irakische Volk hat das Recht auf Selbstbestimmung, auf ein politisches System seiner Wahl, das die Souveränität des Iraks und seine Ressourcen wahrt. Ein Krieg bringt die Gefahr eines unkalkulierbaren Chaos mit sich, denn die Interessen vieler Staaten und politische Strömungen prallen auf einander und jeder wird versuchen das Momentum zu nutzen. Die Völker im Nahen Osten erleben Gewalt, Demütigungen und andauernde Erfahrungen von Ungerechtigkeit von ihren politischen Systeme und die Palästinenser zusätzlich von der israelischen Mitlitärbesetzung. Das bewirkt ein Grundgefühl der Ohnmacht und der Perspektivlosigkeit. Die Sehnsucht nach einem Leben in Ruhe, Sicherheit und Frieden wird durch die politischen Fakten und Entwicklungen immer neuen Zerreißproben ausgesetzt und von Enttäuschungen und Resignation erstickt.

Ein Krieg gegen Irak kann die Region ins Schleudern bringen, die politischen Systeme destabilisieren, und eine Situation schaffen, wo Friedensaussichten in weite Ferne rücken werden. Die Palästinenser befürchten ihren Albtraum von Massenvertreibung, Ausrottung von Dörfer, Tötung und psychisches Brechen, vor allem der über 15.000 politisch Gefangenen.

Der Krieg würde einen nährreichen Boden für radikale politische Bewegungen bereiten.

Aus den gequälten Seelen entsteht Hass, Zorn und Wut:

- Eine Wut, die den Seelen der Menschen die Menschlichkeit beraubt,
- das Leben beherrscht, sodass das Leben, auch das eigene, als solches unwichtig wird, alle Beschränkungen aufhebt und alle Werte auslöscht.

Fragt sich jemand, wie solche Wut entsteht?

Die Aufforderung, Gewalt zu beenden und sich an die internationalen humanitären Gesetze und internationale Legitimität und Völkerrechte zu halten, UNO Resolutionen respektieren, muss gleichermaßen für Alle gelten.

Wir fordern Abrüstung im ganzen Nahen Osten, einschließlich Israel.

Wir sorgen uns um die Menschen in Irak, auch um unsere Familien dort. Wir machen uns Gedanken, wie wir dem Trauern begegnen werden mit denen, die es physisch überleben, und mit denen, die psychisch zerbrechen werden.

Wir wissen was Besatzung ist, wir kennen die Qual der traumatisierten Kinder und Erwachsene. Niemand sollte jemals solches erleben, auch nicht die Irakis.

Heute telefonierte ich mit meiner Schwägerin in Baghdad. Ich fragte sie, was sie vorbereiten, welche Überlebensmaßnahmen sie getroffen hätten. Sie antwortete leise, bescheiden und doch sicher: Da gibt es wenig zu tun, wir legen unsere Seelen in Gottes Hand.

Die Zukunft ist auch in unserer Hand. Politiker, Journalisten, Wirtschaftsleute, Schriftsteller und Künstler und alle einflussreichen Menschen sind jetzt, hier und heute gefordert, den Krieg zu verhindern.

Sumaya Farhat-Naser ist Professorin an der Bir-Zeit-Universität (Palästina)

Aus der Rede von Rolf Becker, Schauspieler und Mitglied im Ortsvorstand des Fachbereichs Medien der Gewerkschaft ver.di, Hamburg:

Nein zum Krieg ohne Wenn und Aber! Wir haben Anlass, am Nein der Bundesrepublik zum Krieg zu zweifeln. Zum einen schwächt sie ihr Nein schon heute schrittweise ab, bindet ihre endgültige Entscheidung an UNO und Weltsicherheitsrat. Zum anderen erweitert sie ihre Zugeständnisse an die US-Regierung: Überflugrechte, Spürpanzer, Flottenverbände am Golf, Bereitstellung von AWACS, Lieferung von Patriot-Raketen an Israel und die Türkei etc.

Was sind die Verweise dieser Regierung auf die UNO wert, nachdem sie sich ohne UNO-Mandat und unter Verletzung von Grundgesetz und Zwei-Plus-Vier-Verträgen, am Bombenkrieg gegen Jugoslawien beteiligte?

Unsere Kritik an der US-Regierung ist keine Kritik am amerikanischen Volk, im Gegenteil:

Wir grüßen die Friedensbewegung dort und weltweit.

Wir begrüßen hier auch, dass zahlreiche Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften versammelt sind. Wir danken Herrn Bsirske, dass er hier zu uns gesprochen hat.

Aber wir müssen die DGB-Führung daran erinnern, dass sie beim Krieg gegen Jugoslawien am ersten Tag uneingeschränkt Ja zum Krieg gesagt hat. Bis heute ist das nicht aufgearbeitet. Ich weiß, wovon ich spreche. Wir waren mit zehn Kolleginnen und Kollegen während des Krieges im bombardierten Jugoslawien. Wir haben gesehen, dass das kein Krieg gegen Milosevic, sondern ein Krieg gegen die zivile Bevölkerung war.

Wir fragen die DGB-Führung: Ist das Nein heute nur ein Nein, solange die Regierung Nein sagt? Wir bitten euch und fordern euch auf: Hört auf die Mitglieder, hört auf die Basis. Wir bitten euch, entfernt euch nicht von uns. Wenn ihr Politik über unsere Köpfe hinweg macht, lauft ihr Gefahr, eines Tages eure Köpfe zu verlieren. Die Geschichte hat das gezeigt.

Was können wir tun, außer wie heute gemeinsam zu demonstrieren? Der Kampf wird von den Herrschenden immer an zwei Fronten geführt: Nicht nur im Irak, auch im Inneren in Form von Sozialabbau und Abbau von Arbeitsplätzen, Kürzungen im Gesundheitswesen, bei den Renten und so weiter. Wir müssen an beiden Fronten Widerstand leisten – für soziale Sicherheit, für Arbeitsplätze und für Frieden! ■

Antikriegs-Wochenende am 7./8.2. in München gegen NATO und Krieg!

Das Antikriegs-Wochenende in München am 7. und 8. Februar war für viele Menschen ein ermutigender Auftakt zu noch größeren und wirksameren Aktionen der Antikriegsbewegung. Dies wird auch nötig sein. Auf der Sicherheitskonferenz hielt u.a. Verteidigungsminister Dr. Struck (SPD) eine Rede, die klar und deutlich die Parole ausgab, dass zukünftig der Schwerpunkt der Aufgaben der Bundeswehr im multinationalen Einsatz und jenseits unserer Grenzen liegen werde. Wer davon ausgeht, dass damit friedliche Zwecke verfolgt werden, der irrt. Auf den zahlreichen Transparenten, die bei diesen Aktionen getragen wurden, konnte man neben einer strikten Antikriegshaltung wie „Stoppt den globalen Krieg der NATO-Staaten“ auch Losungen sehen, die insbesondere die Kriegstreiberei der US-Administration kritisierten. Die PDS München stellte in den Mittelpunkt ihres Protestes die Losung „Ausreiseverbot für die Bundeswehr“, um sich gegen weitere militärische Interventionen mit deutscher Beteiligung zu wenden.



Am Freitag um 17 Uhr begann der Auftakt mit einer Kundgebung auf dem Marienplatz, an der über 4.000 Menschen teilnahmen. Protestiert wurde gegen die NATO Sicherheitskonferenz und gegen den Empfang dieser unfriedlichen Gesellschaft durch die Stadt München. Die Härte der kommenden Auseinandersetzung wird dadurch klar, dass Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung aus Tübingen von der Polizei im Anschluss an die Kundgebung festgenommen wurde. Er hatte in seiner Rede darauf hingewiesen, dass die deutschen Soldaten in Kuwait den Befehl zu völkerrechtswidrigen Angriffshandlungen verweigern sollten. Am späteren Abend kam er wieder frei. Aber dabei sollte es nicht bleiben: Gegen 23 Uhr stürmten die berüchtigten bayrischen USK das überfüllte Convergence Center – ein öffentliches Zentrum, wo sich AktivistInnen trafen, um Besprechungen und Workshops abzuhalten. Dort waren angeblich Straftaten vorbereitet worden – diese nebulöse und falsche Mutmaßung war die einzige Begründung für den Einsatz. Von allen wurden dort die Personalien festgestellt. Menschen, die das Gebäude nicht freiwillig zur Personalienfeststellung verlassen wollten, wurden brutal herausgeschleift. 22 Menschen wurden festgenommen, einige davon wegen dem Gefahrenabwehrparagraphen, einige auch wegen Widerstand. Diese wurden erst Samstag nachmittag dem Haftrichter vorgeführt und entlassen.

Am Samstag versammelten sich dann ab 12 Uhr auf dem Marienplatz ca. 25.000 Menschen zur Kundgebung des Anti-NATO-Bündnisses München. Es wurden viele Reden gegen den Krieg und die Globalisierung gehalten. Eine große Demonstration formierte sich dann durch die Münchner Innenstadt, und in Ansprachen aus mitfahrenden Lautsprecherwagen wurde die Bevölkerung in den Häuserblocks über die akute Kriegsgefahr, die Rolle der Nato und der rot-grünen Bundesregierung informiert. *dil* ■

Frieden und Abrüstung!“ – OB Ude, DGB u.v.a. auf dem Odeonsplatz

Am Samstag, den 8. Februar gab es zwei Anti-Kriegskundgebungen in der Münchner Innenstadt. Die erste Idee zur zweiten Kundgebung, deren organisatorisches Rückgrat dann die Gewerkschaften waren, hatte Oberbürgermeister Ude (SPD). Dabei wollte er sich ausdrücklich abgrenzen von der Demonstration gegen die NATO-Sicherheitskonferenz, zu deren Verbot er ein Jahr zuvor maßgeblich beigetragen hatte, und die ein breites Bündnis auch für 2003 schon seit Monaten vorbereitete. Nicht gegen die Sicherheitskonferenz – so die Veranstalter der Odeonsplatzkundgebung – sondern nur gegen den drohenden Irak-Krieg sollte hier demonstriert werden. So entstand eine Situation, in der auch die Pressesprecher der Polizei alles taten, um im Vorfeld den Eindruck von einer „guten“ (DGB + OB) und einer „bösen“ (radikalen, „gewalt-verdächtigen“ Demo zu erwecken.

Aber es kam dann anders am 8. Februar.: Es gab zwei Demonstrationen, die sich beide gegen den drohenden Irak-Krieg wandten und davon abgesehen unterschiedliche politische Ziele verfolgten und Herangehensweisen deutlich machten. Eine Konfrontation erfolgte jedoch nicht. Vielmehr konnte man beobachten, dass beide Veranstalter zum Teil ein Spektrum mobilisieren, das den jeweils anderen Aufrufern sicher nicht gefolgt wäre. Dass es aber auch (wie es eine Überschneidung in den politischen Zielen gab) ein durchaus auf Tausende zu schätzendes Potenzial gab, das es nicht nehmen ließ, an beiden Veranstaltungen teilzunehmen und ab 12 Uhr vom Odeonsplatz zum Marienplatz wogte.

M.B. ■



Vor 60 Jahren wurden die Geschwister Scholl von der Gestapo verhaftet

„Täter des Wortes“

„So ein herrlicher, sonniger Tag und ich soll gehen. Aber wie viele müssen heutzutage auf den Schlachtfeldern sterben, wie viel junges hoffnungsvolles Leben. Was liegt an meinem Tod, wenn durch unser Handeln Tausende von Menschen aufgerüttelt und geweckt werden“, notierte Sophie Scholl am 22. Februar 1943. Wenige Stunden nach ihrer Verurteilung durch den Volksgerichtshof wurde die 21-jährige Philosophiestudentin zusammen mit ihrem Bruder Hans und ihrem Kommilitonen Christoph Probst wegen Hochverrats durch das Fallbeil hingerichtet. Als Mitglieder der studentischen Widerstandsgruppe Weiße Rose wurden Professor Kurt Huber und Alexander Schmorell am 13. Juli 1943 und Willi Graf am 12. Oktober hingerichtet.

Bis auf Professur Huber waren alle Mitglieder des inneren Kreises der Weißen Rose nicht älter als 25 Jahre. Sie waren zumeist in nationalkonservativen, christlich geprägten Elternhäusern aufgewachsen. Die Begegnung mit kritischen Intellektuellen wie Professor Huber, dem Schriftsteller Theodor Haecker und dem Herausgeber der katholischen Monatsschrift „Hochland“ Carl Muth trug ebenso zu ihrer Bewusstseinsbildung bei, wie ihr gemeinsames Interesse für Philosophie, Kunst und Literatur. Dazu kamen erste Erfahrungen von Fronteinsatz und Reichsarbeitsdienst.

Auch die Traditionen der bündischen Jugendbewegung hatten einige Mitglieder der Weißen Rose geprägt. So war Hans Scholl 1937 vorübergehend verhaftet worden, da er versuchte bündisches Gedankengut in die Hitlerjugend einzubringen. Seine Verhaftung brachte auch Sophie, die eine Führungsfunktion innerhalb ihrer BDM-Gruppe hatte, auf Distanz zum Nationalsozialismus.

Aus der bündischen Tradition des Wandervogels und der katholischen Jugend kam auch Willi Graf. 1934 schloss er sich 16-jährig dem illegalen „Grauen Orden“ an. Aus seinem Adressbuch strich er konsequent alle Namen von Freunden, die im Gegensatz zu ihm der Hitlerjugend beigetreten waren.

Alexander Schmorells Mutter war Russin. Schon von daher geriet er in Widerspruch mit der rassistischen Ideologie vom slawischen „Untermenschen“. Seinen Fronteinsatz in Russland erlebte er als „Heimkehr“.

Der 24-jährige Christoph Probst war als einziger der Studenten bereits verheiratet und hatte drei Kinder.

Kurt Huber, dessen Philosophievorlesungen die Mitglieder der Weißen Rose besuchten, fungierte als mäßigender Berater der Widerstandsgruppe. Erst nach der deutschen Niederlage von Stalingrad kann er sich dazu durchringen, dass „nicht der militärische Sieg über den Bolschewismus“, sondern die Niederlage des Nationalsozialismus „die erste Sorge für jeden Deutschen“ sein müsse. Das letzte Flugblatt der Weißen Rose stammt aus seiner Feder.

für Recht erkannt:

Alexander S c h m o r e l l , Kurt H u b e r und Wilhelm G r a f haben im Kriege in Flugblättern zur Sabotage der Rüstung und zum Sturz der nationalsozialistischen Lebensform unseres Volkes aufgerufen, defaitistische Gedanken propagiert und den Führer aufs gemeinste beschimpft und dadurch den Feind des Reiches begünstigt und unsere Wehrkraft zersetzt.

Sie werden deshalb mit dem T o d e bestraft.

Ihre Bürgerrechte haben sie für immer verwirkt.

Der erste Schritt zum Widerstand bestand 1941 im Abhören ausländischer Rundfunksender sowie gemeinsamen Lese- und Diskussionsabenden. Sophie Scholl bekannte, dass für sie „Bücher zu ersten Spuren des Widerstandes wurden. ... Stimulieren konnten Bücher, Erkenntnisse vermitteln, Lichter aufgehen lassen. Aber das Existentielle ergab sich erst aus der Verwirklichung von dem, was man selbst als richtig erkannt hatte“. Als Handlungsmaxime galt für Sophie Scholl eine Stelle aus dem Jakobusbrief: „Seid Täter des Wortes, nicht Hörer allein.“

Mit Flugblättern, die sie per Post an Multiplikatoren wie Studenten, Lehrer und Ärzte verschickten sowie Wandparolen zogen die Mitglieder der Weißen Rose ab Sommer 1942 die Konsequenzen aus ihrer antifaschistischen Haltung. Dabei gelang es, ein Umfeld von bis zu 100 weiteren Schülern, Studenten, Lehrern, Professoren, Buchhändlern, Künstlern und Ärzten in München, Hamburg, Ulm, Freiburg, Stuttgart, Saarbrücken und Berlin aufzubauen, die bei der Verbreitung der Flugblätter halfen.

Die sechs bis Februar 1943 verfassten Flugblätter, die an Tausende von Menschen verschickt wurden, enthielten sowohl Appelle an das Gute im Menschen zur moralisch-sittlichen Umkehr, Buße und Reinigung, als auch zum passiven Widerstand und zur „Sabotage in rüstungs- und kriegswichtigen Betrieben, Sabotage in allen Versammlungen, Kundgebungen, Festlichkeiten, Organisationen ... zur Verhinderung des reibungslosen Ablaufs der Kriegsmaschinerie“.

Genau zwei Wochen nach der Kapitulation von Generalfeldmarschall Paulus in Stalingrad kam es in München zur ersten offenen Revolte von Studenten gegen die Nazidiktatur. Gauleiter Paul Giesler hatte die Studenten, die vielfach schon Fronteinsätze hinter sich hatten, als Schmarotzer am Volkskörper beschimpft und die Studentinnen aufgefordert, dem Führer ein Kind zu schenken statt zu studieren. „Und wenn einige Mädels nicht hübsch genug sind, einen Freund zu finden, dann werde ich gern jeder einen von meinen Adjutanten zuweisen“. Gewaltsam wurde der angetrunkene Gauleiter von Studenten aus dem Raum gedrängt und auf den Straßen ertönten Parolen gegen das Dritte Reich.

Erschüttert durch die Niederlage der Wehrmacht in Stalingrad und ermutigt durch diese ersten öffentlichen Unmutsäußerungen der Studentenschaft beschloss die Weiße Rose, ein neues Flugblatt, das sich direkt an ihre Kommilitonen wendete, zu verfassen: „Der Tag der Abrechnung ist gekommen, der Abrechnung unserer deutschen Jugend mit der verabscheuungswürdigsten Tyrannis, die unser Volk je erduldet hat. Im Namen der ganzen deutschen Jugend fordern wir von dem Staat Adolf Hitlers die persönliche Freiheit, das kostbarste Gut der Deutschen zurück, um das er uns in der erbärmlichsten Weise betrogen hat. ... Es gibt für uns nur eine Parole: Kampf gegen die Partei! Heraus aus den Parteigliederungen, in denen man uns politisch weiter mundtot halten will! Heraus aus den Hörsälen der SS-, Unter- oder Oberführer und Parteikriecher! Es geht uns um wahre Wissenschaft und echte Geistesfreiheit!“

Am 18. Februar – dem Tag, an dem Goebbels im Berliner Sportpalast den „Totalen Krieg“ verkündete – legten Hans und Sophie Scholl dieses Flugblatt vor Vorlesungsbeginn in der Münchner Universität aus. Als sie die letzten Exemplare von der Brüstung in den Lichthof warfen, wurden sie von Hausmeister Jakob Schmied beobachtet, der die Studenten so lange festhielt, bis sie die Gestapo verhaften konnte. Über Adressen, die bei ihnen gefunden wurden, konnte die Polizei auch die anderen Mitglieder der Weißen Rose verhaften.

Über Helmuth von Moltke war das letzte Flugblatt der Weißen Rose nach England gelangt. Die Flieger der Royal Airforce verbreiteten das „Manifest der Münchner Studenten“ massenhaft über Deutschland: „Wir werden den Krieg sowieso gewinnen. Aber wir sehen nicht ein, warum die Vernünftigen und Anständigen in Deutschland nicht zu Worte kommen sollen. Deswegen werfen die Flieger der RAF zugleich mit ihren Bomben jetzt dieses Flugblatt, für das sechs junge Deutsche gestorben sind, und das die Gestapo natürlich sofort konfisziert hat, in Millionen von Exemplaren über Deutschland ab.“ *Nick Brauns* ■

CDU/CSU mit neuen Zumutungen:

Besser kein Zuwanderungsgesetz

Die parlamentarischen Beratungen über das alte und neue Zuwanderungsgesetz der rot-grünen Bundesregierung scheinen schon gescheitert, bevor sie überhaupt begonnen haben. Die Union besteht auf einem Gesetz, das die vielen rassistischen Gemeinheiten des seit Jahrzehnten geltenden „Gastarbeiterrechts" nicht korrigiert, sondern weiter verschärft. 8 Millionen Flüchtlinge und MigrantInnen sollen auch in Zukunft Menschen zweiter und dritter Klasse bleiben.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht die Anfechtungsklage der CDU/CSU gegen die Zustimmung des Bundesrats zum rot-grünen Zuwanderungsgesetz im Dezember letzten Jahres für gültig erklärt hatte, weil die Ablehnung des Gesetzes durch den brandenburgischen CDU-Rechtsaußen Schönbohm durch den amtierenden Bundesratspräsidenten Wowereit nicht korrekt beachtet worden sei, hatte die Regierung ihr Gesetz kurz danach unverändert zur erneuten Beratung wieder in die Länderkammer eingebracht. Ende Januar beriet nun erstmals der Innenausschuss des Bundesrats. Am 14. Februar kommt das Gesetz ins Plenum des Bundesrats. Mitte April sollen die Beratungen im Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag beginnen.

Ob diese Vermittlungen aber überhaupt noch Sinn machen, ist offen. Denn die CDU- und CSU-regierten Bundesländer nutzten ihre Mehrheit im Innenausschuss des Bundesrats, um eine Fülle von alten und neuen rassistischen Gemeinheiten gegen Flüchtlinge und MigrantInnen zu beschließen, die nach ihren Vorstellungen in das künftige Gesetz aufgenommen werden sollen. Damit würde das neue Gesetz für Flüchtlinge und MigrantInnen endgültig ein noch größeres Unglück, als es das seit Jahrzehnten geltende Ausländer- und Asylrecht ohnehin schon ist.

So soll die minimale Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, die SPD und Grüne mit der FDP 1999 nach der Kampagne der Union gegen den sog. „Doppelpass" verabschiedet hatten, in einem Kernbereich wieder rückgängig gemacht werden. Seitdem erhalten hier geborene Kinder bei der Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft, wenn ein Elternteil mindestens 8 Jahre hier lebt und eine Aufenthaltsberechtigung oder seit 3 Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis hat. CDU und CSU wollen das wieder aufheben. Hier geborene Kinder sollen in Zukunft nur dann die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, wenn ein Elternteil in Deutschland geboren ist. Faktisch werden damit Kinder von MigrantInnen erst in der dritten Generation als „deutsche Staatsbürger" anerkannt, erst die Enkelkinder der „Gastarbeiter", die in den 60er Jahren geholt wurden, gelten dann von Geburt an als „Deutsche".

Pure Infamie ist auch die Forderung der Unionsparteien, das eigenständige Aufenthaltsrecht für nachgezogene Ehegatten von 2 auf 4 Jahre zu erhöhen. Erst vor drei Jahren hatte der Bundestag die Wartefrist für ein eigenständiges Aufenthaltsrecht auf 2 Jahre verkürzt, um die Abhängigkeit von Frauen, die zu ihrem Ehegatten nach Deutschland nachziehen, zu verringern. Ohne ein eigenständiges Aufenthaltsrecht trauen sich die meisten Frauen nicht, ihren Ehemann zu verlassen, auch wenn er sie z.B. misshandelt.

Weitere Änderungswünsche der Union betreffen die Anerkennung nichtstaatlicher und frauenspezifischer Fluchtgründe, die CDU und CSU ganz wieder aus dem Gesetz gestrichen haben wollen, und das Nachzugsrecht für Kinder. Auch hier ist die deutsche Praxis schon jetzt in der EU mit Abstand am restriktivsten. Auf Druck der Union hatte die rot-grüne Regierung in ihrem Zuwanderungsgesetz das Nachzugsalter für Kinder bereits von 16 auf 12 Jahre verringert. Jetzt will die Union eine weitere Senkung auf 10 Jahre. Wer sich irgendwo auf der Welt mit der Überlegung trägt, nach Deutschland zu fliehen oder auszuwandern, soll in Zukunft neben allen anderen Sorgen und Nöten auch noch fürchten, in diesem Fall seine eigenen Kinder möglicherweise nie wieder zu sehen.

Pure Beutelschneiderei sind schließlich die Forderungen der Union, beim Nachzug von Ehegatten künftig bei der Einreise eine Art „Eintrittsgeld" von 1.500 Euro zu verlangen, und die Idee, MigrantInnen und Flüchtlinge an den Kosten der geplanten Integrationskurse ohne Rücksicht auf ihre soziale Situation zu beteiligen. Im Entwurf der Bundesregierung ist vorgesehen, bei Sozialhilfebezug auf solche Kostenbeteiligung zu verzichten.

Der stellvertretende Vorsitzende der Türkischen Gemeinden in Deutschland, Kenan Kolat, hat die Unionsforderungen bereits scharf zurückgewiesen. Wenn die Union auf diesen Forderungen beharre, solle die Regierung besser gar kein Zuwanderungsgesetz als so eins beschließen, forderte er. Die grüne Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Marieluise Beck, verkündete kurz danach, ihre Partei überlege, ob es nicht besser sei, die Anerkennung nichtstaatlicher und frauenspezifischer Verfolgung als Asylgrund sowie Teile der geplanten Regelungen zur Förderung von Integration und Arbeitsmigration durch Verordnungen der Bundesregierung zu regeln oder auf andere Weise, jedenfalls so, dass die Zustimmung des Bundesrats nicht erforderlich ist. Ob sie dafür aber die SPD gewinnt, insbesondere Innenminister Schily, ist zweifelhaft. *rül* ■

Quellen: Erklärung von Kenan Kolat vom 3.2., Berliner Zeitung, 1./2.2., Süddeutsche Zeitung, Nordwest-Zeitung, 6.2.2003



Die vom Bundesrat zu beschließenden, von den CDU-Ländern vorgelegten Verschärfungsanträge zum Zuwanderungsgesetz (Bundesrats-Drucksache 22/1/03 vom 13.02.2003) stehen zum download bereit unter http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Bundesrat_ZuwG_Drs_22-1-03.pdf (240 KB)

Diese Vorschläge sollen dann Gegenstand des „Vermittlungsverfahrens" werden. Sie würden zu einer umfassenden Verschärfung des Ausländerrechts gegenüber dem geltenden Recht führen. Anbei nur wenige der 137 Verschärfungsanträge, ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit:

- Ziel ist die „Begrenzung der Zuwanderung"
- Leitlinie sind „nationale Interessen und nationale Identität"
- Streichung nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung als Asylgrund und Abschiebungshindernis
- Streichung der Härtefallregelung
- bundesweite Verteilung geduldeter bzw. „bescheinigter" Flüchtlinge
- 1.500 EURO Visumsgebühr für Familiennachzug
- Senkung des Kindernachzugsalters auf 9 Jahre (einschließlich)
- Arbeitsverbot für nachgezogene Ehegatten, solange der Sprachkurs nicht abgeschlossen wurde
- eigenständiges Aufenthaltsrecht für sich (z.B. wg. Gewalt) trennende Ehepartner erst nach 4 (bisher 2) Jahren
- umfangreiche Verschärfung des Staatsangehörigkeitsrechts (Einbürgerung)

Massenfluchten als Folge des Kriegs zu erwarten

Frankfurt. Das Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main ruft im Falle des Beginn eines Krieges gegen den Irak zu einer Kundgebung am 2. Samstag nach Kriegsbeginn – 12 Uhr – Frankfurter Flughafen, Terminal 1, Bereich A auf:

„Wir unterstützen die Aktionen von RESIST zur Blockade der Airbase auf dem Frankfurter Flughafen und fordern zeitgleich dazu auf, im Frankfurter Flughafen gegen die katastrophale deutsche Asylpolitik zu protestieren, die mit einer Militarisierung nach innen und außen einhergeht. Der Frankfurter Flughafen ist nach wie vor mit etwa 10 000 Abschiebungen pro Jahr Deutschlands Abschiebeflughafen Nr. 1. Hier wurden bereits zwei Flüchtlinge, Kola Bankole und Aamir Ageeb während der Abschiebung in Lufthansamaschinen durch Beamte des BGS gewaltsam zu Tode gebracht. Hier erhängte sich eine Asylbewerberin aus dem Maghreb, Naimah Hadjar, weil sie abgeschoben werden sollte. Hier wurde ein neues Internierungslager für 100 Flüchtlinge geschaffen und ein Abschiebeknast für 80 Migranten beschlossen.

Wenn die rot-grüne Bundesregierung in Sachen Irak bei einem Nein zu *diesem* Krieg bleibt, ist sie doch weit davon entfernt, „friedlich“ und „fortschrittlich“ geworden zu sein. Denn dieser plötzliche Pazifismus müsste sich darin widerspiegeln, keine AWACs Flugzeuge zu schicken, den Luftraum für US-Manöver zu verweigern, konsequent abzurüsten und keinerlei militärische Abenteuer mehr in aller Welt durchzuführen.

Statt dessen ist sie dabei, mit anderen europäischen Mächten militärisch aufzurüsten; sie sind gerade dabei, eine EU-Eingreifgruppe mit einer Stärke von 100 000 Soldaten zusammenzustellen, die weltweit einsatzfähig sein soll. Selbst der Interventionsradius von 4.000 km (!) rund um Brüssel wurde verbindlich festgelegt. Mit 18 000 SoldatInnen stellt die Bundesrepublik mit Abstand das größte Kontingent. (Zeitung gegen den Krieg, Nr.12, Winter 2002/2003)

... Die Doppelbödigkeit deutscher Politik zeigt sich noch an einem anderen Punkt: Ist doch der Umgang mit den Ärmsten der Armen, den Verlierern der Globalisierung, den Flüchtlingen auf der Welt ein Prüfstein dafür, wie ernst es jeder Regierung in Sachen Menschenrechte, Gerechtigkeit und Frieden ist.

Seit langem stellen irakische Flüchtlinge einen großen Teil der Asylsuchenden in Deutschland dar. Wie wir alle wissen, hat sich die Lage im Irak nicht verbessert. Ganz im Gegenteil ist das Leben dort durch das Embargo und den drohenden Krieg noch gefährlicher geworden. Folglich müssten also die Flüchtlinge aus dem Irak mit offenen Armen aufgenommen werden, die Anerkennungsquoten weiter in die Höhe gehen.

Lassen wir die Fakten sprechen: Wurden im Jahr 2001 noch über 65% der aus dem Irak Flüchtenden anerkannt, so fiel die Anerkennungsquote kontinuierlich auf einen Minusrekord von knapp 13% Ende letzten Jahres. 13% Anerkennung bei irakischen Flüchtlingen - das ist absurd, katastrophal und äußerst gefährlich für die Abgelehnten. Denn sie laufen Gefahr, von hier aus wieder in den Irak abgeschoben zu werden. Es zeigt einmal mehr, dass das Asylrecht bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt worden ist: Obwohl sich die Gefährdungslage erhöht hat, verringert sich die Anerkennungsquote und Schutzbedürftige müssen damit rechnen, in die Kriegs- und Krisenregion zurückgeschickt zu werden. Die Botschaft an die Fliehenden aus dem Irak ist klar: Zwar wollen wir *diesen* Krieg im Moment nicht, aber *euch* wollen wir auch nicht!

Die Asylabschottungspolitik führt zwangsläufig zur Militarisierung der Außengrenzen. Alle Regierungs- und so gut wie alle Oppositionsparteien sind sich darin einig, Flüchtlingsabwehr in Deutschland und in der Europäischen Union zu betreiben. So werden die Grenzen um die europäischen Länder weiter ausgebaut, die Festung Europa perfektioniert. Flüchtlingen soll schon der Zugang in die „Wohlstandsregionen“ so weit wie möglich verwehrt werden. Die immer weiter sinkenden Flüchtlingszahlen präsentierte denn auch Bundesinnenminister Schily zu Beginn dieses Jahres als Erfolg seiner Politik. Angesichts der gravierenden Menschenrechtsverletzungen weltweit, angesichts großer Flüchtlingsströme auf der ganzen Welt und der Tatsache, dass arme Länder um ein vielfaches mehr Flüchtlinge aufnehmen als die reichen Industrienationen, ist dies skandalös und beschämend zugleich.

Auch die Türkei schottet weiter ab. Sie hat vergangenen Sommer ihren „Sicherheitsstreifen“ entlang der irakisch-türkischen Grenze militärisch verstärkt. Der Iran seinerseits ließ große Teile der Grenze zum Irak neu verminen, als „Lehre“ aus den großen Flüchtlingswanderungen im letzten Golfkrieg, wo 2 Millionen KurdInnen aus dem Irak in die Nachbarländer flohen. Auch heute kann dies wieder passieren – mit dem Unterschied, dass die lebensrettende Flucht diesmal nahezu unmöglich wird. Der Nordirak ist hermetisch abgeriegelt und kann so schnell zur Todesfalle werden.

Der Bundesregierung ist all das noch nicht genug: Mit ihrem „Aktionsplan Türkei“ wird verlangt, dass die Türkei „wirksamere“ Ausreisekontrollen durchführen soll, um Flüchtlingswanderungen zu stoppen. Außerdem soll die Türkei die „Durchschiebung“ , wie sie es nennen, von irakischen Flüchtlingen über türkisches Territorium zurück in den Nordirak hinnehmen. (Quelle: Pro Asyl).

Man erkennt, wie eifrig die „FriedensfreundInnen“ und „MenschenrechtlerInnen“ aus den Reihen der Bundesregierung sich vorbereiten, mögliche Massenfluchten als Folge des Krieges zu stoppen, und, sollte dies nicht gelingen, in großem Umfang Abschiebungen über die Türkei in den vom Auswärtigen Amt unter Joschka Fischer bis heute als „sicher“ erklärten Nordirak durchzuführen.

FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN ++++
DEN KRIEG STOPPEN ++++
FLUCHTWEGE ÖFFNEN ++++
ABSCHIEBUNGEN VERHINDERN ++++

■

Kontakt und weitere Informationen:
Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main, c/o AG3F, Metzgerstr.8, 63450 Hanau, Tel./Fax 06181-184892
Email: aktivgegenabschiebung@gmx.de
http://www.aktivgegenabschiebung.de

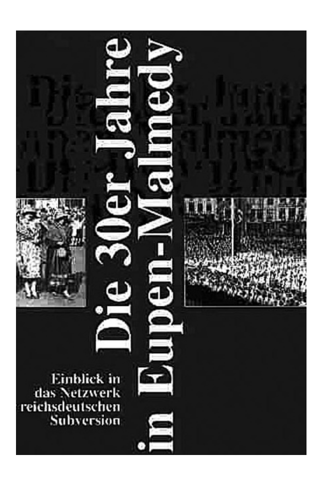
- Teilnahme am Sprachkurs „mit Erfolg“ für Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis notwendig
- Streichung Zuwanderung im Auswahlverfahren
- ein Bruttomonatslohn Gebühr für zuwandernde Arbeitskräfte
- Röntgenuntersuchung zur Altersfeststellung Jugendlicher
- Anordnung zur sicherheitsbehördlichen Überwachung von Ausländern möglich, ggf. Einweisung in besondere Einrichtungen und Arbeitsverbot aus sicherheitsbehördlichen Gründen
- Zwingende Ausweisung bei Verurteilung zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe ab 2 Jahren (bisher: 3 Jahre)
- Zwingende Ausweisung bei Verurteilung wegen Fluchthilfe
- Versagung Aufenthaltserlaubnis bei Verdacht (neu) „extremistischer“ (neu) oder terroristischer Bestrebungen
- Wiedereinführung der Duldung, die aber rechtlich nicht besser gestellt ist, als die bisher vorgesehene Bescheinigung (voraussichtlich mit zwingendem Arbeitsverbot – dieser Punkt ist aber noch umstritten)
- Beugehaft bis zu 18 Monate (zusätzliches ausländerrechtliches Instrument) – zusätzlich zur ebenfalls bis zu 18 Monate möglichen Abschiebehaft
- zur Erzwingung der zumutbaren und möglichen freiwilligen Ausreise Verbringungshaft bis zu 4 Wochen
- Leistungsumfang „Butterbrot und Fahrkarte“ bei §1a AsylbLG, Einbeziehung von Flüchtlingen mit Abschiebeschutz nach § 25 Abs. 3 (EMRK u.a.) ins AsylbLG, Streichung § 2 Asylbewerberleistungsgesetz (d.h. Kürzung, Sachleistungen, Gemeinschaftsunterkünfte, eingeschränkte med. Versorgung zeitlich unbefristet auch über 3 Jahre hinaus).

Georg Classen
http://www.fluechtlingsrat-berlin.de ■

„Einblicke in das Netzwerk der reichsdeutschen Subversion“

Neundorf: Edition Krautgarten orte, 2001, ISBN: 2-87316-006-3, 24,54 Euro

Das Buch beschreibt mit großer Detailfülle die Unterwanderung Ostbelgiens durch das Deutsche Reich in den 1920er und vor allem in den 1930er Jahren. Der Historiker Dr.



Klaus Pabst führt dazu aus: „Erschreckend ist vor allem das Ausmaß und die Zielsicherheit, mit denen das Deutsche Reich schon in den 1920er Jahren, erst recht aber nach 1933, eine konsequente und möglichst alle Bevölkerungsschichten erfassende Subversion im Gebiet von Eupen und Malmedy mit dem langfristigen Ziel einer Reannexion betrieb, und wie offen die hinterhältige Methode, auf scheinbar harmlos-unpolitischen Wegen und mit reichen, aber geheimen Geldzuweisungen sehr konkrete politische Ziele zu verfolgen, von den Beteiligten intern auch zugegeben wurde.“ Das Buch ist reich illustriert (51 Seiten Fotos) und enthält im Anhang einen dokumentarischen Teil mit Haushaltszahlen, Helfer-Listen und Original-Texten aus damaligen Publikationen. Die Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz empfiehlt das Buch mit dem Hinweis: „In vielerlei Hinsicht kann dieses Buch ein Schlüssel zum besseren Verständnis der heutigen Lage Ostbelgiens sein. Die Studie ist auch repräsentativ für das subversive Vorgehen des Deutschen Reiches bei anderen deutschen Minderheiten in Europa.“

„Das besetzte Frankreich 1940 - 1943“ von Bruno Kartheuser

Neundorf: Edition Krautgarten orte, 2002, ISBN: 2-87316-015-2, 25 Euro

Kartheuser beschreibt in seiner detailgesättigten und reich illustrierten Studie die deutsche Besatzungsherrschaft in Frankreich. „Rasch kamen zur politischen und militärischen Niederwerfung und zur wirtschaftlichen Ausbeutung die totalitären und mordhaften Aspekte des NS-Programms: die Verfolgung und Deportation der wehrlosen Juden (...) und die Bekämpfung der aktiven Gegner und des Widerstandes“. Dargestellt wird insbesondere die Tätigkeit der Sicherheitsbehörden, speziell des SD; ausführlich gewürdigt



werden daneben die „Gegenkräfte“, der Widerstand, der unter teils gaullistischer, teils kommunistischer Führung wuchs. Das Buch – zweiter Band einer vierbändigen Reihe, deren erster Teil die reichsdeutsche Subversion im Ostbelgien der Zwischenkriegszeit beschrieb – liefert einen Überblick über die Kräfte, die von 1940 bis 1943 in Frankreich am Werk waren; es bereitet damit die Schilderung des Massakers in Tulle vom Juni 1944 vor, die im Zentrum des dritten Bandes stehen wird. Die drei Bände durchzieht die Biographie eines NS-Akteurs aus dem deutschsprachigen Ostbelgien, des St. Vithers Walter Schmald, der seinen Dienst 1941 bei der Abwehr in Paris angetreten hatte und später zum SD wechselte. Seine Biographie wird ergänzt durch weitere Lebensläufe von Ostbelgiern, die während des Krieges im Dienst der Abwehr und des Sicherheitsdienstes standen.

Beide Bücher können bei bruno.kartheuser@pi.be bestellt werden; der Autor steht für Lesungen aus seinen Werken bereit.

Die Redaktion der ostbelgischen Literaturzeitschrift KRAUTGARTEN, in deren Buchreihe die beiden Bände erschienen sind, bittet im Übrigen um Solidarität auch finanzieller Art. Seit 1992 wehrt sie sich gegen eine neue deutsche Subversion in Ostbelgien, die – mit hohen Beträgen aus Deutschland ausgerüstet und zum Teil durch Beamte aus dem deutschen Innenministerium gesteuert – zu neuen Autonomiebestrebungen im deutschsprachigen Teil Ostbelgiens beigetragen hat. KRAUTGARTEN hat sich dabei besonders durch Veröffentlichungen über die Tätigkeit der Düsseldorfer „Hermann-Niermann-Stiftung“ hervorgetan, die sich laut Satzung für „ethnische Minderheiten in Europa“ einsetzt und über lange Jahre beträchtliche Summen speziell für die „deutsche Minderheit“ in Ostbelgien (70.000 Personen) aufgebracht hat. Die „Hermann-Niermann-Stiftung“ hat 1994 gegen ihre Kritiker aus der KRAUTGARTEN-Redaktion einen Prozess angestrengt, der diese jetzt finanziell zu ruinieren droht. Der Prozess dauert seit dem ersten Urteil 1995 bis heute an.

Das Berufungsgericht in Liege hat jetzt die Verurteilung des Krautgarten durch das Eupener Gericht aus dem Jahr 1995 wiederholt und verschärft. In Ostbelgien scheint damit das Recht der freien Nachforschung, der unzensierten Veröffentlichung und des Widerstandes gegen völkisch-deutsche Umtriebe auf dem Spiel zu stehen; schon das Urteil von 1995 wurde von einer juristischen Fachzeitschrift als „Zensur“ klassifiziert. Ein Sieg der „Hermann-Niermann-Stiftung“ könnte auch für andere Regionen, die eine deutsche Vergangenheit haben, Vorbildcharakter bekommen. Dabei müsste es ja eigentlich darum gehen, die finanzielle Unterstützung von halbamtlicher deutscher Seite für so genannte „deutsche Minderheiten“, die den völkischen Sprengstoff noch nährt, zu unterbinden.

Solikonto des belgischen „krautgartens“: Konto 313 26 58 bei der Raiba Bleialf e.G. (BLZ 586 619 01); Bezeichnung: KRAUTGARTEN St. Vith, Vermerk: SOLIDAR.

Blick in den Abgrund von 1933

„Wochenberichte“ des Untergangs – Notizen von Erwin Eckert und Emil Fuchs als Buch erschienen

Das sind atemberaubende Seiten. Erwin Eckert und Emil Fuchs sind die Autoren der „Wochenberichte“, die den rund 30 000 Lesern des „Sonntagsblattes des arbeitenden Volkes“ vom 5. Oktober 1930 bis 4. März 1933 einen kommentierenden Überblick über die wichtigsten Ereignisse der jeweils letzten sieben Tage boten.

Friedrich-Martin Balzer, bekannter parteiloser Marxist aus Marburg, und Manfred Weißbecker, bis 1992 Professor für deutsche Geschichte in Jena, haben diese Wochenberichte für die heutige politische Öffentlichkeit gerettet. Viele, so die Enkel der beiden verstorbenen Autoren, die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Sachsen, der Mannheimer Bürgermeister und zwei evangelische Landeskirchen haben einen finanziellen Beitrag geleistet und der Pahl-Rugenstein Verlag hat daraus ein, abgesehen von leider etwas zu häufigen Druck- und Satzfehlern ordentliches, mit allen Anmerkungen und einem ausführlich kommentierten Personenverzeichnis über 600 Seiten starkes Buch gemacht.

Das Engagement von kirchlicher Seite an diesem monumentalen Werk ist nicht zufällig. Beide Verfasser der Wochenberichte sind Theologen, bezeichneten sich selbst als religiöse Sozialisten, wirkten in SPD und KPD und nach dem Krieg weiter in Ost und West in den verschiedenen Lagern der Arbeiterbewegung.

Wie ein Film läuft vor der Leserin oder dem Leser im Zeitraffer noch einmal die dramatische Zeit des Untergangs der Weimarer Republik ab. Das „Sonntagsblatt“, lediglich 16 Seiten im A4-Format und später 4 Seiten im A3-Format stark, war so etwas wie das nationale Organ der sich als sozialistisch verstehenden und der Arbeiterbewegung verbundenen Christen in Deutschland, die im „Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands“ (BRSD) organisiert waren.

In den einführenden Worten der Herausgeber ist viel zu erfahren über das komplizierte Spannungsverhältnis, das im Dreieck Kirchen-SPD-KPD herrschte und in dem Eckert zeitweise zerrieben wurde. Die Wochenberichte selbst atmen wenig theologischen Geist. Sie sind vor allem ein Ausdruck scharfsinniger, sehr an den Tatsachen orientierter Berichterstattung über die damalige Zeit.

Die „Wochenberichte“ bieten weit mehr als nur eine Chronologie der Ereignisse in Deutschland. Mich persönlich beeindruckt es vor allem durch seinen weiten internationalen Blick. Es bereitet wenig Mühe, sich beispielsweise so durch diese Wochenberichte zu blättern, dass der Leser ein plastisches, ungemein konkretes Bild über den heraufziehenden Konflikt zwischen Japan und den USA erhält. Das Buch liefert nicht nur Antworten auf die Frage „Wie kam es zur faschistischen Machtergreifung?“, sondern erstaunlicher Weise auch frühe Hinweise zur Beantwortung der Frage „Welche Entwicklungen führten zu Pearl Harbour?“.

Gelernt habe ich bei dieser Lektüre auch, wie stark sich – ohne dass das den Chronisten selbst natürlich immer klar ist – Entwicklungen sehr lange vorher abzeichnen und damit auch grundsätzlich beeinflussbar bleiben. Übermorgen werden vielleicht einige sagen, der große Zusammenstoß, der die Welt vom Mittelmeer bis an die Grenzen des Himalaja in Brand gesetzt habe, wäre letztlich sehr plötzlich gekommen. Sie haben genauso unrecht wie diejenigen, die uns heute etwas von der plötzlichen Machtergreifung Hitlers in den wenigen Monaten zwischen Herbst 1932 und Frühjahr 1933 weismachen wollen.



Leser aus unterschiedlichen Lagern der Linken werden mit sehr verschiedenen Augen und Wertungen durch die Seiten streifen – die einen werden ihre Ausrufungszeichen dort setzen, wo über Streit in der KPD referiert wird, die anderen werden aufmerksam und dankbar für unsere heutigen Flächentarifverträge registrieren, wie sehr die Kämpfe zur Abwehr von Lohnsenkungen von Betrieb zu Betrieb die Kraft der Arbeiter, Lehrer und Angestellten beansprucht hat und wie sehr sie damit zu kämpfen hatten, nicht gegeneinander ausgespielt zu werden. Die einen werden mehr Gefallen finden an dem mehr schwungvoll-wertenden, zuweilen agitatorischen Stil Eckerts, die anderen mehr an dem eher abwägend-berichtenden Stil von Fuchs. Alle, die nach einer „Chronologie der laufenden Ereignisse 1930-33“ aus linker Feder gesucht haben, werden so oder so hier auf ihre Kosten kommen.

Nach so viel Lob muss ich auch noch Kritik loswerden. Die beschränkt sich jedoch nur darauf, dass Balzer und Weißbecker sich doch ein bisschen stark in ihren Forschungsgegenstand verliebt zeigen und Eckert und Fuchs in etwas überirdische Geistesregionen befördert haben. Wenn sie etwa schreiben, „vergleichbaren Leitartikeln und Kolumnen anderer Zeitungen jener Jahre dürften sie weit überlegen sein“ (S. 30), tun sie damit nicht nur beispielsweise der von Eckert und Fuchs häufiger mit Hochachtung herangezogenen „Weltbühne“ von Ossietzky Unrecht, sondern müssen sich auch von Kühnl in dessen „Nachbetrachtung“ sagen lassen, dass manche „zeitgenössischen Analysen des linken Flügels der Arbeiterbewegung ... tiefer reichende Analysen der Klasseninteressen (liefern), die sich mit dem Faschismus verbanden.“ (S. 542). Das aber nimmt nichts weg von der dringenden Empfehlung an jeden geschichtsbewussten Linken, dieses Buch zu lesen und in die Nachschlagwerk-Abteilung seines Bücherregals zu stellen.

Manfred Sohn, uz vom 10.1.2003 ■

Erwin Eckert, Emil Fuchs: Blick in den Abgrund. Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte und Interpretationen, Pahl-Rugenstein Verlag Nachf. Bonn 2002, 646 Seiten, 32 Euro

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Weg mit dem Sozialklimbim!

Nation & Europa 2-2003

Der „Patient Deutschland“ bildet das Titelthema der Februarausgabe von „Nation & Europa“, im Editorial allerdings steht die Kriegspolitik der USA im Mittelpunkt. *Harald Neubauer* fragt „Und wer entwaffnet die USA?“ und liefert eine neue Erklärung für den Beginn des 2. Weltkriegs:

„Damals, im ‚Drôle de guerre‘, schwankten die Gefühle der Menschen auf beiden Seiten der Front zwischen Friedenshoffnung und Kriegsangst. Mehr als ein halbes Jahr, bis Mai 1940, hätten die Politiker noch Zeit gehabt, den Polenkonflikt einzudämmen und das ganz große Verhängnis abzuwenden. Sie taten es nicht, sondern organisierten ein Menschheitsmassaker mit mehr als 50 Millionen Toten. Sehenden Auges marschierte man in die Katastrophe, stellte Ultimaten, schlug Friedensangebote und Kompromißvorschläge aus“.

So war das also: Das größte Verbrechen in der Geschichte begann nicht die deutsche Naziregierung mit dem Überfall auf Polen, es wurde von nicht namentlich genannten Politikern „organisiert“. Aber auch wenn Neubauer keine Namen nennt, erschließt sich aus dem Zusammenhang, dass er die Politiker der Westmächte meint – sie sollen verantwortlich für „das ganz große Verhängnis“ sein. Faschistischer Geschichtsrevisionismus der sich als Antiimperialismus tarnt.

In den letzten Jahren, ist die Erkenntnis, dass Faschismus etwas mit Kapitalismus zu tun hat, bei manchen in Vergessenheit geraten, von anderen wurde sie als sozialistische Geschichtsklitterung denunziert. *Dr. Alfred Mechtersheimer*, dessen Weg von der CSU über die Grünen zur Deutschen Aufbau-Organisation führte, rückt die ideologischen Verhältnisse wieder gerade:

„Deutschland lebt über seine Verhältnisse. Das wäre wegen der steigenden Schuldenlast schon problematisch genug. Noch folgenschwerer ist die Art und Weise, wie das Geld eingenommen und wie es ausgegeben, also umverteilt wird. Es sind jährlich mehr als eine Billion Euro, die der Wirtschaft und den Bürgern entzogen werden, rund die Hälfte des Bruttosozialprodukts, was eher an Zentralverwaltungswirtschaft als an Marktwirtschaft erinnert. Die USA haben eine Staatsquote von nur 18,3 %. Die deutsche Sozialleistungsquote... liegt bei über 32 Prozent, so hoch wie fast nirgends auf der Welt“.

Mechtersheimer benutzt nicht nur die Begriffe der neoliberalen Marktradikalen, er vertritt auch ihre Inhalte: Weniger Staat, weniger Sozialleistungen, mehr Privatinitiative.

Wer das bezahlen soll, ist klar: „Ein Großteil der Arbeitnehmer übt keinen Beruf mehr aus, sondern macht seinen Job. Die Balance zwischen Arbeit und Freizeit wurde stetig in Richtung Spaßgesellschaft verschoben. Bis zu zwei Monate Urlaub können viele nicht sinnvoll nutzen. Die geringe Identifikation mit der beruflichen Aufgabe und dem Unternehmen sowie eine hohe Fehlerquote sind Folgen dieser Entfremdung von der Arbeit. Seit 1970 steigen in Deutschland die Löhne stärker als die Produktivität“. Die arbeitenden Menschen verdienen zu viel, haben dauernd Urlaub und liefern, wenn sie überhaupt arbeiten, nur Pfusch. Und wer ist an dieser Entwicklung schuld?

„Dieses asoziale Verhalten hat im wesentlichen drei Ursachen: den allgemeinen Werteverlust durch die 68er Bewegung (‚Recht auf Faulheit‘), die Politik der Gewerkschaften und die langwährende Wohlstandsgesellschaft mit der ‚gewissen Unersättlichkeit in der Freiheit‘, von der schon Platon sprach. In einer solchen Gesellschaft wird Leistungsbereitschaft nicht angemessen belohnt und Leistungsverweigerung nicht gebührend geahndet“. Diese „Analyse“ könnte wörtlich von einem Unternehmerverband stammen und illustriert auf's Schönste Horkheimers Wort, dass, wer vom Kapitalismus nicht sprechen wolle vom Faschismus schweigen müsse.

Karl Richter argumentiert ähnlich auf einem anderen Gebiet: „Versuche, den transzendenten Sinnzusammenhang menschlicher Existenz wegzurationalisieren, gab es in der europä-ischen Geistesgeschichte immer wieder, in der Regel mit furchtbaren Folgen. Die Chronik der Verirrung reicht von den englischen Aufklärern des 18. Jahrhunderts über die Abgründe der französischen Revolution und den Kommunismus bis zum selbstverwirklichten Großstadt-Hedonismus unserer tage. Was den Marquis de Sade mit den Afterphilosophen der 68er... verbindet, ist immer das gleiche: der Wahn von der menschlichen Selbstvollkommenheit, gepaart mit Worthülsen wie ‚Freiheit‘, ‚Emanzipation‘ und ‚Toleranz‘“.

Richters Schuldzuweisungen unterscheiden sich allerdings partiell von denen Mechtersheimers. Verantwortlich sind diesmal nicht die Gewerkschaften und die „68er“ sondern die Alliierten als Befreier vom Faschismus:

„Diese Institutionen sind in den Wohlstandsgesellschaften des Westens weitgehend verstummt, teils aufgrund eigener Schwäche, teils aufgrund äußerer Eingriffe. Auf das Konto letzterer, nämlich der Alliierten nach 1945, geht, daß die traditionelle Wertewelt der Deutschen heute flächendeckend durch den Bazillus des Hedonismus ersetzt ist: Selbsverwirklichung statt Gemeinwohl, Genießen statt Leisten“.

Bei *Franz Schönhuber* ist dann zu lesen, wie die „traditionelle Wertewelt der Deutschen“ aussah: „War es beispielsweise nötig, die jahrhundertealte hierarchische Ordnung der Arbeitswelt mit ihrer Einteilung in Lehrlinge, Gesellen und Meister aufzulösen, indem man den allein schon sprachlich scheußlichen Begriff des ‚Azubi‘, des ‚Auszubildenden‘, anstelle des Lehrlings einführte?“.

tri ■